

# Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Demonstration in Silvan

- *Erfolg des Linksbündnisses bei den Wahlen in der Türkei – S. 4*
- *Stuttgart 212: Bewegung in der Krise – S. 7*
- *Viel Konsens, aber keine Einigung – der Streit um die Schulreform in NRW– S. 12*
- *Spartengewerkschaften: „Rette sich wer kann“ – S. 17*
- *Die Linke und DIE LINKE – S. 22*

**Ausgabe Nr. 7 am 30. Juni 2011, Preis 4,00 Euro**

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK  
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

**Herausgegeben vom** Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

**Diskussion / Dokumentation:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

**In & bei der Linken:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Letzte Seite:** Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck und Vertrieb:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart



Das „Einsteigermodell“ Porsche Cayenne, 220 kW (300 PS) bei 6.300 1/min • 0-100 km/h in 7,5 s • Höchstgeschwindigkeit 230 km/h • Kombiniert in l/100 km: 9,9 • CO<sub>2</sub>-Emission in g/km: 236 • EUR 57.930,00 inkl. MwSt. (Foto und Angabe: [www.porsche.de](http://www.porsche.de))

## Politische und Verbraucherpräferenzen

maf. Die politischen Präferenzen der Bürger, die sich z.B. in Wahlergebnissen niederschlagen, sind das eine. Hier gilt, wenigstens derzeit, dass die öffentliche Hand ökologisch wirtschaften muss. Auch das Verhalten der Bürger wird durch Besteuerung und Subvention in diesem Sinne beeinflusst. Umso überraschender sind Medienmeldungen, die auf einen Bericht von Professor Ferdinand Dudenhöfer vom CAR-Autoforschungs-Center der Universität Duisburg-Essen, zurückgehen. Danach werden in Deutschland die sogenannten SUVs, Sport Utility Vehicle (Sportnutzfahrzeug) immer beliebter. SUVs, insbesondere der Ober-

Aus einer ADAC-Studie:

„Geländewagen sind so gefährlich wie fahrende Mauern

SUVs schneiden beim Fußgängerschutz bei Unfällen miserabel ab. Das ergab eine Crash-Studie des ADAC. Die großen Geländewagen gleichen bei Unfällen einer fahrenden Mauer, Unfallopfer können sich nicht wie bei kleineren Wagen über die Motorhaube abrollen.“

(Spiegel online 20.2.2007)

klasse, so stellt Wikipedia fest, stünden aus vielerlei Gründen öffentlich in der Kritik. Durch das grundsätzlich höhere Gewicht und den oftmals höheren Luftwiderstand hätten SUVs einen höheren Kraftstoffverbrauch als Limousinen mit vergleichbaren Fahrleistungen. Trotzdem sind die SUVs inzwischen das am stärksten wachsende Fahrzeugsegment in Deutschland, für 2015 wird mit einem Marktanteil von 16 Prozent gerechnet. Der große Verlierer sei die Stufenhecklimousine. Das SUV eignet sich vorzüglich als

Mittel der sozialen Distinktion. Die Fahrzeuginsassen können auf den fließenden Verkehr heruntersehen. Die Fahrzeuge sind stark gebaut, im Falle eines Unfalls die Stärkeren. Der große Stauraum verbindet Luxuriöses mit Praktischem. Preis, Ausstrahlung, Unterhaltskosten: das SUV eignet sich gut, um den Abstand des gehobenen Mittelstands zum bloßen Durchschnitt zu markieren; gerade weil es im öffentlichen Raum benützt wird.

## Griechenland: Alternativen von DGB und Warburg-Bank

DGB-Presse, Berliner Zeitung, 24.6. rül. In der Berichterstattung über die Krise des Euro und die Finanzhilfen plus Auflagen für die griechische Regierung dringen gewerkschaftliche Alternativen kaum in die öffentliche Debatte. Dabei hatte der DGB-Bundesvorstand schon Anfang Mai vier Grundsatzforderungen aufgestellt, die auch bei Währungs- und Kreditfachleuten auf Zustimmung treffen. In der DGB-Resolution vom 4.5.11 heißt es wörtlich:

„Es braucht sofortige Finanzhilfen für die kriselnden Mitgliedsstaaten, eine Reform des monetären Ordnungsrahmens, eine strikte Kapitalmarktregulierung und einen solidarischen Abbau der Ungleichgewichte in der Eurozone.“ Als Hauptmaßnahme schlägt der DGB deshalb vor: „Die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten entkoppelt werden. Deswegen brauchen wir eine ‚Europäische Bank für öffentliche Anleihen‘. Sie kauft Staatsanleihen, hinterlegt sie als Sicherheit bei der Europäischen Zentralbank und bekommt dafür frisches billiges EZB-Geld. Das Geld leitet sie niedrig verzinst an die Mitgliedstaaten weiter.“ Die Bonität der Mitgliedstaaten soll künftig nicht mehr allein von privaten Ratingagenturen bewert-

Politische Berichte im Internet: [www.politische-berichte.de](http://www.politische-berichte.de)

tet werden, deren Geschäftspraktiken vor und in der globalen Finanzkrise anscheinend in Vergessenheit geraten sind. Drittens fordert der DGB, den Markt für sogenannte „Kreditsausfallversicherungen“ (CDS) zu schließen, und schließlich: „Die Ungleichgewichte in der Eurozone müssen solidarisch abgebaut werden.“

Der letztere Punkt dringt inzwischen auch in den öffentlichen Debatten stärker vor, weil auch in der großen Industrie die Unzufriedenheit über das dilettantische und nationalistische Agieren der Bundesregierung erkennbar zunimmt. Der erste Punkt, d.h. die Stabilisierung des Marktes für Staatschuld-papiere durch die Zentralbank, gilt hierzulande bei nationalistischen Ökonomen wie dem Professor Sinn vom Ifo-Institut und seinen nicht wenigen Anhängern als unerhört und völlig falsch. Tatsächlich ist eine solche Politik nur im Euroraum umstritten. Die US-Zentralbank hat seit Beginn der globalen Finanzkrise für rund 900 Milliarden Dollar US-Staatspapiere aufgekauft, um damit den Anleihe-markt zu stabilisieren, und hält jetzt mehr als 15% aller US-Staatsschulden in ihrem Besitz, mehr als China. Gewinnabführung der Notenbank an die US-Regierung daraus im Jahr 2010: 80 Milliarden Dollar. „Die japanische und die britische Notenbank haben ihren Regierungen ähnliche Beträge zur Verfügung gestellt“, berichtet die „Berliner Zeitung“ aus einem Gespräch mit dem Chefökonom der US-Großbank M.M. Warburg, Carsten Klude. Klude weiter: „Hätte die Europäische Zentralbank ähnlich gehandelt, so wäre uns die ewige Diskussion um eine Pleite Griechenlands vielleicht erspart geblieben ... Ein stärkeres Eingreifen der EZB hätte das Zinsniveau für die Krisenländer gesenkt und damit das Grundproblem dieser Staaten beseitigt ... Leider ist man in Europa das Problem aber sehr viel halbherziger angegangen als in den USA.“

#### Hinweis:

Bei Redaktionsschluss stand das Ergebnis der Abstimmung im griechischen Parlament über ein rigoroses Spar- und Entstaatlichungsprogramm als Voraussetzung für weitere Kredite von IWF und EU noch aus. Es wird allgemein mit einer Zustimmung gerechnet.

## Neue Verbraucherrechte auf EU-Ebene

rog. Mitte Juni hat der Binnenmarkt- und VerbraucherInnenausschuss im Europäischen Parlament überein neues Verbraucherrecht in der Europäischen Union abgestimmt. Die meisten der im Kommissionsvorschlag noch enthaltenen Verschlechterungen konnten abgewendet werden. Neben einigen

Verbesserungen für die VerbraucherInnen sind jedoch mehrere Bestimmungen der neuen Richtlinie negativ zu beurteilen. Einige Beispiele dafür, was sich für den Verbraucher ändert: Bei Fernabsatzgeschäften (Versandhandel, Online-Shopping, Bestellung über Email) und beim Haustürgeschäft hat der Konsument laut der neuen Richtlinie ein 14tägiges Rücktrittsrecht. Wenn keine Belehrung über das Rücktrittsrecht erfolgt, wird die Rücktrittsfrist auf ein Jahr erstreckt. Für Fernabsatzgeschäft bedeutet das eine Verlängerung, nicht für das Haustürgeschäft. Der Konsument hat beim Haustürgeschäft jedenfalls ein Rücktrittsrecht, unabhängig davon, ob er den Vertrag angebahnt hat oder nicht. Im Falle eines Rücktritts muss der Händler die Zahlungen des Verbrauchers inklusive der Versandkosten rückerstatten. Der Konsument hat jedoch die Rücksendekosten selbst zu tragen, außer er wurde darüber nicht informiert oder der Unternehmer erklärt sich bereit, sie zu übernehmen. Bezüglich der Kostenfallen im Internet ist geregelt, dass solche Verträge in Zukunft nur dann gültig sind, wenn der Verbraucher explizit bestätigt, dass ihm bekannt ist, dass der Vertrag eine Zahlungsverpflichtung beinhaltet. Voraussichtlich Ende Juni ist die Lesung zur Verbraucherrechte-Richtlinie abgeschlossen. Nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt soll die Richtlinie in zwei Jahren in Kraft treten.

## Libyen-Krieg erfasst Wirtschafts- und Rechtssystem der Nato-Staaten

maf. Am 23. Juni gab die Internationale Energie Agentur (IEA) bekannt, dass die 28 IEA-Mitgliedstaaten (18 davon sind auch in der Nato) der IEA im nächsten Monat als Reaktion auf die Unterbrechung der libyschen Lieferungen 60 Millionen Barrel Öl aus der strategischen Reserve freigeben. Die strategische Gesamtreserve beträgt laut IEA 4,1 Milliarden Barrel, 1,5

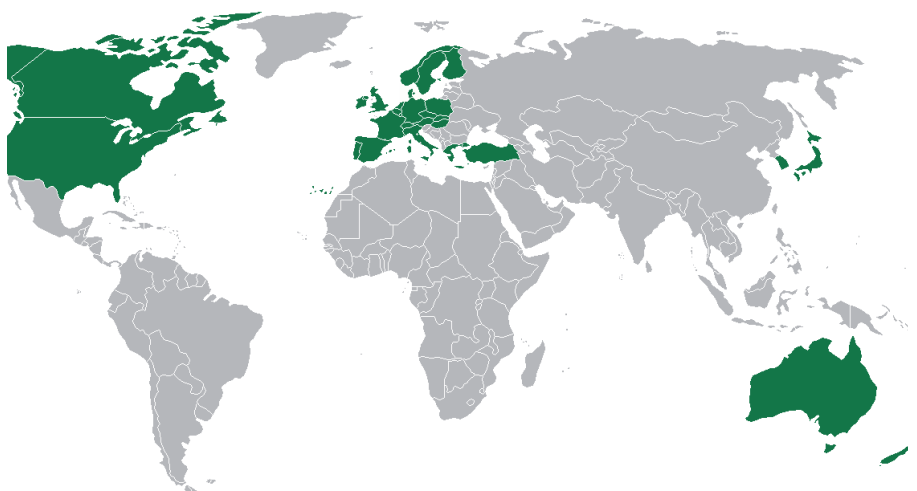
Milliarden bilden eine Notfallreserve. Die IEA erwähnt, dass Analysten mit einem Andauern der Lieferengpässe bis zum Jahresende rechnen ([www.iea.org](http://www.iea.org)). Damit ist offenbar, dass der libysche Krieg strategische Dimensionen angenommen hat, und auch, dass dieser Krieg immer mehr ein Nato-Krieg wird, waren doch bisher die libyschen Produktionsausfälle durch vermehrte Angebote der OPEC ausgeglichen worden.

Die strategische Dimension dieses Krieges wird auch dadurch deutlich, dass die unmittelbar kriegführenden Staaten sich, wie dieser Tage bekannt wurde, an die BRD mit der Bitte um Munition und Bauteile für Hightech-Bomben wandten. Die Bundesregierung will diesem Ersuchen entsprechen. Die Nichtbeteiligung der BRD wird Schritt um Schritt zu Farce.

Am 27. Juni veröffentlichte die Vorverfahrenskammer des Internationalen Strafgerichtshofs (ISTGH) Haftbefehle für Muammar Mohammed Abu Minjar Gaddafi, Saif Al-Islam Gaddafi und Abdullah Al-Sanussiya wegen des Vorwurfs von Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Mord und Verfolgung), begangen in Libyen ab 15 Februar 2011 bis mindestens 28 Februar 2011 durch den Staatsapparat und Sicherheitskräfte.

Vor diesem Hintergrund erörtert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 29. Juni die Probleme, Gaddafi in einem Spezialunternehmen beizukommen. Der libysche Regierungschef verfüge über 30 „gehärtete“ Unterstände. Im selben Artikel merkt die Zeitung auch an, dass wichtige Stämme im Hinterland unentschlossen blieben und die Berberbevölkerung eigene Wege gehen wolle.

Dass sich der Internationale Strafgerichtshof dazu hergibt, die rechtliche Folie für eine gezielte Tötung zu produzieren, ist eine traurige Neuigkeit, die zur Zerstörung des ohnehin labilen Rufs dieser Einrichtung viel beitragen kann.



Karte der IEA-Mitgliedsländer auf der auch sonst informativen Wikipedia-Seite.

# AKP-Regierung gegen politische Lösungen: Sechs Abgeordneten soll Mandat entzogen werden

Aus den Parlamentswahlen am 12. Juni in der Türkei ging die Regierungspartei AKP (Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung) unter dem Ministerpräsidenten Erdogan als stärkste Partei hervor. Sie stellt 326 der 550 Abgeordneten, 15 weniger als bei der Wahl 2007. Die AKP konnte damit ihr Wahlziel, eine verfassungsgebende Zweidrittelmehrheit zu erzielen, nicht erreichen.

Die kemalistische CHP (Republikanische Volkspartei) hat zugelegt, wenn auch weniger als erwartet, und die rechtsnationalistische MHP (Partei der nationalen Bewegung) musste zahlreiche Mandate abgeben.

Nur das Linksbündnis „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ aus kurdischer BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) und verschiedenen linken und sozialistischen Parteien konnte die Zahl der Parlamentssitze von 26 auf 36 deutlich erhöhen. Anders als in der türkischen und ausländischen Öffentlichkeit dargestellt, kann das Bündnis nicht als rein kurdisch bezeichnet werden. Zwar unter kurdischer Führung, umfasst es diverse nichtnationalistische linke Organisationen. Dieses Bündnis trat mit unabhängigen Kandidaten an, um die bestehende Zehn-Prozent-Hürde zu umgehen. Von den 36 Abgeordneten kommen 31 aus den kurdischen Provinzen und fünf aus den türkischen Metropolen. In den kurdischen Gebieten erreichten ihre Kandidaten zwischen 60 bis 80 Prozent der Stimmen, nur in wenigen Orten lag das Linksbündnis unter 50 Prozent. Die AKP wurde hier eindeutig geschlagen. In Istanbul wurden alle drei Kandidaten, in Mersin und Adana je einer des Linksbündnisses gewählt. Mit den Kandidaten wie Altan Tan oder Serafettin Elçi öffnete sich der Block auch für religiöse Kreise. In Mardin wurde mit Erol Dora zum ersten Mal

ein aramäischer Christ ins Parlament gewählt.

Die Wahlbeteiligung war mit 87 Prozent hoch. Es waren nach 34 Jahren die ersten nicht vorgezogenen Wahlen.

In den Kommentaren am Wahlabend wurde vorsichtig argumentiert, dass der Linksblock das Zünglein an der Waage sein könne, wenn es um Verfassungsänderungen geht. Doch wenige Tage nach den Wahlen eskalieren die türkischen Behörden auf Antrag der AKP: Sechs Abgeordneten des Linksbündnisses hat die Hohe Wahlkommission das Mandat entzogen, darunter dem mit fast 80 000 Stimmen in Diyarbakir gewählten Hatip Dicle. Dicle sowie Selma Irmak, Faysal Sariyildiz, Kemal Aktas, Gülseren Yildirim und Ibrahim Ayhan sitzen derzeit im Gefängnis. Nach türkischem Recht müssten sie entlassen werden, um ihre Parlamentsarbeit aufnehmen zu können. Sie sitzen ein, weil sie „eine verbotene Organisation“ (sprich die PKK) unterstützt hätten, verurteilt nach den berüchtigten Antiterrorgesetzen. Hatip Dicle war einer der ersten kurdischen Abgeordneten in den 1990er Jahren. Er wurde 1994 zusammen mit Leyla Zana, die jetzt auch wieder in Diyarbakir gewählt wurde, aus dem Parlament heraus verhaftet und nach den vielen auch internationalen Protesten erst nach zehn Jahren aus dem Gefängnis entlassen. Er – und die anderen fünf Abgeordneten – soll jetzt u.a. wegen auf Kurdisch gehaltenen Verteidigungsreden nicht ins Parlament einziehen dürfen.

Deutlicher kann seitens der regierenden AKP die Ablehnung eines Dialoges über eine politische Lösung der Kurdenfrage in der Türkei nicht gezeigt werden. Das Zünglein an der Waage wird eher den „Grauen Wölfe“ der MHP zukommen.

## Druck und Einschüchterungen

Die Wahlen fanden in einem stark polarisierten Klima statt. Der türkische Staatsapparat überzog die kurdischen Gebiete mit einer Welle an Repression. Mit einer bisher nicht gekannten Kraft konnte das Linksbündnis den Versuch abwehren, dass zwölf ihrer Kandidaten von der Wahlkommission abgewiesen wurden. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wurden bis zu 3 000 Personen, darunter auch Bürgermeister, Parteifunktionäre der BDP, Angehörige von NGOs und Gewerkschafter, vor den Wahlen inhaftiert. Am Wahltag und den Tagen danach eskalierten die Auseinandersetzungen erneut. In den Berichten der internationalen Wahlbeobachterdelegationen werden die Versuche der Wahlfälschungen, der Druck auf die Wähler, die Einschüchterungsversuche durch das Postieren von Militär und Polizei in den Wahllokalen sowie die schweren Angriffe auf die nach den Wahlen feiernde Bevölkerung deutlich.

Die Entscheidung der Wahlkommission löste in der ganzen Türkei heftige Proteste aus. In den Städten der kurdischen Region blieben die Geschäfte geschlossen, fanden Demonstrationen und Straßenblockaden statt. Diese arteten in stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei und Jandarma aus. Bei dem brutalen Vorgehen gegen die Proteste wurden in Istanbul u.a. zwei gewählte Abgeordnete des Linksblocks am 26. Juni von der Polizei so stark verletzt, dass sie sich im Krankenhaus befinden.

Die Abgeordneten des „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ haben entschieden, aus Protest gegen den Mandatsentzug gegen sechs ihrer Abgeordneten das Parlament zu boykottieren. Auf einer Demonstration in Istanbul erklärte der türkische Filmmacher und gewählte Abgeordnete Sirri Süreyya Önder: „Wir lassen unsere GenossInnen nicht auf halben Weg zurück. Wir sind Revolutionäre und ihr werdet euch an uns im Parlament gewöhnen müssen. Solange Dicle nicht im Parlament ist, werden wir auch nicht dort sein.“

## AKP stützt sich auf konservativ-nationalistische Mehrheit

Die AKP ist zum dritten Mal als stärkste Partei aus den Parlamentswahlen hervorgegangen. Ihr wichtigstes Ziel, die Zweidrittelmehrheit zu erreichen, hat sie verfehlt. Ihr Plan, die Verfas-

## Ergebnis der Wahlen in der Türkei 2011 und 2007

| Partei     | Stimmen      |            | in Prozent |       | Abgeordnete |      |
|------------|--------------|------------|------------|-------|-------------|------|
|            | 2011         | 2007       | 2011       | 2007  | 2011        | 2007 |
| AKP        | 21.441.562   | 16.318.368 | 49,91      | 46,47 | 326         | 341  |
| CHP        | 11.131.067   | 7.316.242  | 25,91      | 20,84 | 135         | 112  |
| MHP        | 5.579.345    | 5.005.587  | 12,99      | 14,26 | 53          | 71   |
| Linksblock | 2.859.233    | 1.822.253  | 6,66       | 5,19  | 36          | 26   |
| TKP        | 60.382       | 80.092     | 0,14       | 0,25  | 0           | 0    |
| EMEP       | 31.581       | 26556      | 0,07       | 0,08  | 0           | 0    |
| ÖDP        | nicht teilg. | 52.195     | -          | 0,15  | 0           | 0    |

sung der Türkei hin zu einem Präsidialsystem zu ändern, ist gescheitert. Die AKP wollte die CHP weiter zurückdrängen und die MHP aus dem Parlament haben. Beides ist nicht gelungen.

Der Erfolg der AKP zeigt, dass sie die mehrheitlich konservativ-nationalistische Stimmung der türkischen Gesellschaft repräsentiert. Die AKP ist die neue Staatspartei geworden. Ihre Politik der neoliberalen Positionen gemischt mit einem strammen türkischen Nationalismus hat es geschafft, das alte vom Militär diktierte Regime in der Türkei abzulösen.

Besonders profitieren die Mittelschichten und die Reichen von dem wirtschaftspolitischen Kurs der AKP, die Wirtschaft prosperiert – am besten sichtbar am Bauboom in der Türkei, Staatsbetriebe werden weiter in großem Umfang privatisiert. Aber das geht auf Kosten der Industrie- und Landarbeiter, ihre gewerkschaftlichen Rechte sind stark beschnitten, die Löhne und Gehälter in den ehemaligen Staatsbetrieben wurden weiter gedrückt, die prekären Beschäftigungsverhältnisse haben zugenommen. Interessant ist, dass die Masse der billigen Arbeitskräfte aus den kurdischen Gebieten kommen, in der Landwirtschaft oft als Wanderarbeiter. Der Mindestlohn von 600 Türkische Lira liegt unter der offiziellen „Hungergrenze“.

Die nationalistische Mobilisierung der AKP führt mittlerweile zu scharfen Abgrenzungen in der Türkei: „Laut der jüngsten Studie des Umfrageinstituts KONDA will fast die Hälfte der TürkInnen keinen kurdischen Nachbarn, keinen kurdischen Geschäftspartner oder keinen angeheirateten Kurden bzw. Kurdin in der Familie. Umgekehrt denken 22 Prozent der KurdInnen ähnlich.“ (Nach Rosa-Luxemburg-Stiftung, s.u.) Erdogan ist es gelungen, ein neues Bündnis mit den Militärs zu schließen. Die Basis ist die Vision einer Türkei, die die Vormachtstellung im Mittleren Osten beansprucht. Erdogan begrüßte am Wahlabend ausdrücklich „unsere nationalen Verwandten und Geschwister in der Region, in Bagdad, Baku, Damaskus, Kabul, Sarajewo, Teheran und den Turkstaaten Mittelasiens“.

#### Gestärkte Linksopposition

Die AKP muss sich daran gewöhnen, dass sie eine starke Linksopposition im Parlament hat, die ihre Kraft nicht nur aus der kurdischen Bewegung zieht. Viele Kommentatoren verglichen den Sieg des Linksbündnisses mit dem Einzug der 15 sozialistischen Abgeordneten in den 1960er Jahren. Das war der Anstoß für die große Arbeiter- und Studentenbewegung dieser



Demonstration für die kurdischen Abgeordneten in Silvan.

Zeit, die mittels Militärputsch niedergeschlagen wurde. Die kurdische BDP hat durch ihre in den letzten Monaten begonnene Politik des zivilen Ungehorsams, die Politik der Gleichheit der Geschlechter, durch die Bildung von Bürgerräten bis hin zu ersten Schritten kurdischer demokratischer Autonomie durch Zweisprachigkeit im öffentlichen Leben neue Bewegung in die kurdische Frage, aber auch in die türkische Gesellschaft gebracht. Die BDP hat nach den Wahlen angekündigt, diesen Weg weiter zu gehen und zeigt sich gewillt, die demokratische Autonomiebestrebungen auch gegen den türkischen Staat weiter durchzusetzen.

Abdullah Öcalan hatte ein Fortdauern des Waffenstillstands der kurdischen Guerilla befürwortet. Die PKK hatte für den Fall weiterer Verhandlungen für eine politische Lösung unter

Einbeziehung Öcalans und der Einstellung der Militäroperationen die Verlängerung des Waffenstillstands und weitere Schritte angekündigt. Die Alternative zu einer friedlichen Lösung sei der revolutionäre Volksaufstand. Die kurdische Frauenbewegung kommentiert die Entscheidung der Wahlkommission: „Wir erklären, dass wir gegen diese Angriffs- und Einschüchterungspolitik unseren Widerstand steigern werden.“

Es ist der Punkt erreicht, an dem die Opferbereitschaft und Geduld des kurdischen Volkes nicht weiter strapaziert werden kann.“ Und der Vorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK erklärte: „Dies ist ein Putsch gegen die Hoffnungen auf eine Lösung. ...Wenn in den vor uns liegenden Tagen der Staat und die Regierung diese große Ungerechtigkeit nicht aufzuheben versuchen und sie korrigieren, wird das für unsere Bevölkerung einer offiziellen Kriegserklärung gleichkommen.“

#### Quellen:

Eine ausführliche Wahlenanalyse und Bewertung der gesellschaftlichen Auswirkung der Wahlen von Anne Steckner und Corinna Trogisch findet sich auf der Internetseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter: [www.rosalux.de/publication/37612](http://www.rosalux.de/publication/37612);

ANF, DIHA, ISKU, Sabah, Radikal Zeitraum 12.6. bis 27.6.2011

#### Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit: „Wir boykottieren das Parlament“

Mitglieder des zentralen Verwaltungsorgans der BDP und Vertreter des Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit, die bei den Parlamentswahlen vom 12. Juni 2011 mit unabhängigen Kandidaten 36 Sitze errungen haben, sind heute nach Bekanntgabe des Urteils zum Fall Hatip Dicle in Amed (Diyarbakir) zusammen gekommen.

In der Sitzung wurde über die Haltung des Blocks zum unrechtmäßigen Ausschluss Hatip Dicles vom Parlament debattiert. Dieser wurde von 77.709 Wählern in Amed (Diyarbakir) als unabhängiger Kandidat aus der Haft, wie fünf weitere Kandidaten des Blocks, ins türkische Parlament gewählt.

Der Block hat nun seine Entscheidung im Falle Hatip Dicles mitgeteilt und folgendes erklärt: „Wir werden das Parlament boykottieren, bis dieses und die Regierung konkrete Schritte zur Aufhebung dieser unrechtmäßigen und antidemokratischen Entscheidung unternehmen deren Grundlage das antidemokratische Systemverständnis ist. Wir

werden das Parlament boykottieren, bis der Weg für den demokratischen Dialog eröffnet und somit eine Lösung der kurdischen Frage auf demokratischem Wege ermöglicht wird.“

Die Erklärung wurde vom unabhängigen Abgeordneten des Blocks Serafettin Elçi verlesen. Darin heißt es: „Seit dem die Völker in der Türkei im Rahmen des Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit, mit dem Ziel in Freiheit und Frieden zusammenleben zu können zusammengekommen sind, sind sie Angriffen und Operationen ausgesetzt. Diese Phase hat mit dem Veto des Hohen Wahlrats begonnen und ist in Verhaftungen, Inhaftierungen und militärische und politische Operationen gemündet. Die letzte Unternehmung dieser Art zur Verhinderung eines friedlichen Prozesses ist der unrechtmäßige Ausschluss Hatip Dicles aus dem Parlament. ...“

Elçi hat im Laufe der Erklärung auch darauf hingewiesen, dass mit weiteren Operationen dieser Art gegen den Block zu rechnen ist. ...

Quelle: ANF News Agency, 23.06.2011

## Wahlbeobachtungen 2011

Anlässlich der Parlamentswahlen in der Türkei am 12.6.2011 haben sich insgesamt zehn Beobachtungsdelegationen aus Europa in die kurdischen Provinzen des Landes begeben, um am Wahltag und den Tagen nach der Wahl die Entwicklungen zu beobachten. Aufgrund der Vielzahl von beobachteten Verstößen gegen türkisches und internationales Recht kann die Parlamentswahl 2011 keinesfalls als rechtmäßige, allgemeine, freie, geheime und demokratische Wahl bezeichnet werden. Gravierende Verstöße gegen türkische Gesetze und Verordnungen sowie internationale Standards waren kein Einzelfall, sondern eine systematische und flächendeckende Praxis der versuchten Einschüchterung und Wahlfälschung.

Die WahlbeobachterInnen, unter denen sich Europaparlamentarier, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, KommunalpolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen befanden, hielten sich in den Provinzen Van, Batman, Kars, Ardahan, Diyarbakir, Urfa, Sirnak, Antep, Bitlis, Iğdir, Agri und Hakkari auf.

Die schwerwiegendsten Verstöße, die beobachtet und dokumentiert sind:

1. In der überwiegenden Anzahl der Wahllokale waren in den Städten bewaffnete Polizisten und in den Dörfern die Militärpolizei Jandarma und Dorfschützer (Dörfer) präsent. Nach einer Änderung des Wahlgesetzes im Jahr 2010 dürfen sich bewaffnete staatliche Sicherheitskräfte im Wahllokal bis zu 15 Meter vor den Wahlurnen aufhalten. Zuvor galt ein Abstand von 100 Metern. Besonders in weiteren kurdischen Provinzen wurde diese Änderung dazu genutzt, zu versuchen, WählerInnen u.a. durch Einschüchterungsversuche und Bedrohung vom Wählen überhaupt oder von einer freien Wahl abzuhalten. Denn selbst diese aus menschenrechtlicher Sicht inakzeptable Regelung wurde flächendeckend nicht eingehalten. Die bewaffneten Kräfte hielten sich direkt vor oder in den Wahlräumen und zum Teil vor den Urnen und mit den WählerInnen in den Wahlkabinen auf.

2. In mehreren Fällen prügelten Jandarma und Polizisten WählerInnen aus den Wahllokalen oder verhinderten deren Zugang dazu u.a. in den Provinzen Van, Agri, Iğdir, Hakkari, Sirnak. Zum Teil geschah dies mit Waffengewalt oder mit Hilfe von Panzerfahrzeugen.

3. Immer wieder konnte beobach-

tet werden, wie UrnenvorsteherInnen ältere WählerInnen und AnalphabetInnen in die Wahlkabinen begleiten und auf die AKP zeigten, die zu wählen sei.

4. Durch Geldgeschenke, Lebensmittel und Kleidungs Gutscheine sowie das Versprechen von regelmäßigen Kindergeldzahlungen im Falle einer Wahl der AKP wurde versucht, vor allem in Gegenden mit überwiegend finanzschwacher Bevölkerung, die WählerInnen zu bestechen.

5. Die WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie (Bündnis der BDP mit weiteren linken Kräften) wurden in vielen Fällen aus den Wahllokalen ausgeschlossen.

6. Allein in den kurdischen Provinzen des Landes, besonders in Agri, Van und Sirnak wurden mehr als 100 WahlbeobachterInnen des Wahlblocks



Am 26. Juni in Istanbul

für Arbeit, Freiheit und Demokratie verhaftet.

7. In vielen Fällen hielten Polizisten sich in Wahllokalen auf, verlangten die Vorlage des Personalausweises, um die Wahlnummern zu verteilen, unterzogen die WählerInnen einer Ganzkörperkontrolle und bedrohten sie dabei.

8. Allein in Istanbul wurden 1904 WählerInnen ohne ersichtliche Rechtsgrundlage bei der Wahl verhaftet.

9. In der Provinz Ardahan drohten Imame Frauen in Gesprächen damit, dass Gott sie bestrafen würde, wenn sie ihre Stimme nicht der AKP geben würden.

10. WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie wurden in vielen Fällen von der Auszählung ausgeschlossen.

11. In mehreren Fällen verweigerten verantwortliche Behörden notwendige Gespräche mit ParlamentarierInnen und AnwältInnen.

In Sirnak wurde eine Handgranate in die feiernde Bevölkerung geworfen. Hier hielt sich auch eine Wahlbeobachtungsdelegation mit dem MdB Harald Weinberg (Die Linke) auf. Nach dem Attentat griffen die Polizisten die Menge mit Tränengasgranaten an.

Auch die DelegationsteilnehmerInnen wurden beschossen.

Angestrebt wurde bei den Parlamentswahlen seitens der AKP eine Zweidrittelmehrheit, um eine absolute Hoheit über den bevorstehenden Verfassungsgebungsprozess zu erlangen. Dieses Ziel wurde klar verfehlt. Bereits im April hatte die Regierung Erdogan im Schulterschluss mit dem Nationalen Sicherheitsrat MGK Polizeigewalt und Militäroperationen in den kurdischen Landesteilen ausgeweitet und selbst menschenrechtliches Engagement zu potentiell Terror deklariert. In diesem Rahmen kam es zu 2.500 Festnahmen von AktivistInnen und PolitikerInnen und der gewaltsamen Räumung von Informations- und Diskussionszonen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie.

Offensichtlich sollte mit allen Mitteln die demokratische politische Entfaltung der kurdischen Bevölkerung verhindert werden. Das Vorgehen bei den Wahlen und die Ereignisse danach lassen eine Regierungspolitik erkennen, die offensichtlich auf eine erneute militärische und sicherheitspolitische Eskalation der Lage setzt und somit eine demokratische Lösung der kurdischen Frage nahezu verunmöglicht.

Europa Delegation 2011, 14.06.2011 ([www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/index.htm](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/index.htm))

## Nürnberger Delegation entgeht knapp einem Handgranatenangriff

Nachdem die kurdische Partei BDP in Sirnak, kurdische Stadt an der Grenze zum Irak in der Türkei, ihre Kandidaten mit deutlicher Mehrheit ins Parlament gebracht hat, wurde friedlich gefeiert. Dann wurde eine Handgranate in die Menge geworfen. Unsere Wahlbeobachterdelegation aus Nürnberg war nur wenige Meter von dem Anschlagort entfernt. Zwölf Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Bei den anschließenden Tumulten setzte die Gendarmerie Tränengasgranaten ein und beschoss auch uns und unsere DolmetscherInnen, obwohl bekannt war, dass wir uns an dieser Stelle aufhielten. Die Sicherheitskräfte griffen zudem Menschen an, die sich vor dem Krankenhaus versammelt hatten, um etwas über die Verletzten zu erfahren. Dabei beschoss die Jandarma auch das Krankenhaus und zerstörte alle Scheiben. ...

Harald Weinberg, Mitglied des Deutschen Bundestag; Marion Padua, Stadträtin Linke Liste Nürnberg; Markus Schuler, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten ([www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/index.htm](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/index.htm))

# Stuttgart 21: Bewegung in der Krise

„Immense Schäden“, davon sprachen nicht nur die Baufirmen und die Polizei, es ist die Rede von einem Millionenbetrag. An Baumaschinen wurden Reifen zerstochen, Radmuttern abgeschraubt, Sand und Steine in die Benzintanks gefüllt, Heizkabel in den Wasserrohren durchgeschnitten, Rohre mit Bauschaum verfüllt usw. Ein Polizeibeamter in Zivil wurde gehetzt. Die Polizei spricht davon, dass er schwer verletzt wurde, er war zwei Tage im Krankenhaus. Weitere Polizisten erlitten durch einen Böller ein Knalltrauma. Weil sie ins Krankenhaus mussten, gilt ein Teil von ihnen ebenfalls als schwer verletzt.

Immense Schäden erlitt aber vor allem die Bewegung gegen das Bahnhofprojekt. Die Stimmung bei der 79. sogenannten Montagsdemonstration war aufgeheizt. Es waren Sprechchöre zu hören wie: „Grube auf, Grube rein, Grube zu“.

War das spontane Wut, provoziert durch das Verhalten der Bahn, die weiterbaut, obwohl die Grünen in der Regierung davon wenig begeistert sind? Dagegen spricht, dass solche Zerstörungen nicht spontan vorgenommen werden können: Tankdeckel sind verschlossen, fürs Radmuttern abschrauben, Kabel durchzwicken und Bauschaum braucht man Werkzeug und eine Verabredung. Das vermutete in der „Stuttgarter Zeitung“ auch Gangolf Stocker, der so zitiert wird: „Mir ist vor Zorn und Verzweiflung immer noch ganz schlecht“. Stocker meint, die Aktion habe dem Widerstand enorm geschadet: „Bisher war die Bahn der Aggressor – jetzt sind es die Gegner.“

Der Sprecher der Parkschützer, Matthias von Hermann, behauptete zunächst, das Ganze sei eine Aktion von Polizeiprovokateuren gewesen, was der Stuttgarter Polizeipräsident Züfle für „zynisch und absurd“ hält. Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne), hielt die Aktion zwar für „bescheuert“, aber schob nach, die Bahn



**Bis zum bitteren Ende?** Nach der Baustellenbesetzung wurde von 14 Personen die Personalien festgestellt, einer kam in U-Haft, weil noch eine Bewährungsstrafe lief. Am Dienstag, den 28. Juni gab die Polizei bekannt, dass sie einen 49jährigen verhaftet habe, der den Zivilpolizisten schwer verletzt und gemeinsam mit einem noch Unbekannten versucht habe, ihm die Dienstpistole zu entwenden.

hätte durch den Weiterbau provoziert. Ministerpräsident Kretschmann hat sich eindeutig distanziert von „Gewalt, sei es gegen Personen oder Sachen“, das werde „von der Landesregierung nicht toleriert“.

Für die Veranstalter der Montagsdemo sagte Brigitte Dahlbender, Vorsitzende des BUND, dass die Demonstration künftig zwar weiterhin am Bahnhof beginnen werde, aber in der Innenstadt enden soll.

Das war die Lage in den Tagen nach den Ausschreitungen am Bauzaun. Die Bewegung musste sich entscheiden: will sie Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen, auch mit Aktionen des zivilen Ungehorsams, oder will sie die Staatsmacht herausfordern, in der Meinung, sich auf ein Widerstandsrecht berufen zu können.

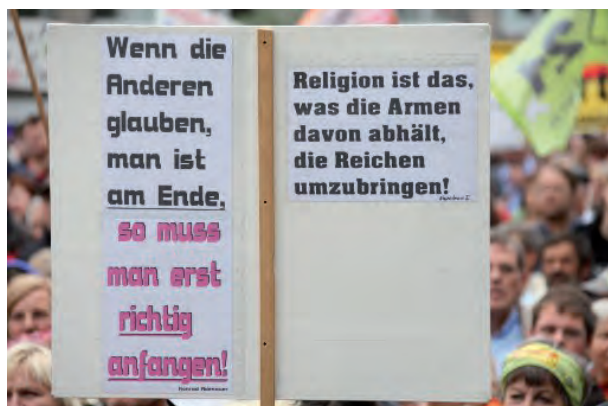
Die Chancen, noch mehr Einfluss auf die öffentliche Meinung zu gewinnen, sind allerdings nach der langen Zeit und den vielen Demonstrationen ausgereizt. Auch wenn die Grünen den Ministerpräsidenten stellen, haben sie nicht die Macht, der Bahn das Baurecht zu nehmen. Im Landtag haben nach wie

vor die Parteien, die Stuttgart 21 befürworten, eine Dreiviertelmehrheit.

Auch die Parkschützer ruderten zurück. Hatte ihr Sprecher Matthias von Hermann am Tag danach noch von einer „gelösten Feierabendstimmung“ gesprochen, musste er Ende der Woche die Aktionen gegen die Polizisten und die Baumaschinen verurteilen, was ihm sichtlich schwer fiel.

Auf der Internetseite der Parkschützer werden allerdings weiterhin fast ausschließlich Verschwörungstheorien verbreitet, der Polizist sei gar nicht verletzt gewesen bis dahin, er sei selber schuld.

Der nächste Schlag war die Veröffentlichung des mutmaßlichen Ergebnisses des sogenannten Stresstests. Die Gegner des Projektes hatten immer vorausgesagt, dass diese bei der Schlichtung mit Heiner Geißler vereinbarte Überprüfung des Projektes durch die Simulation eines Fahrplans das Aus für Stuttgart 21 bedeuten würde. Es wären weitere Gleise am Tiefbahnhof nötig, so die Hoffnung, und damit ein neues Planfeststellungsverfahren. Die Mehrkosten von mehreren



Transparent und Aktion bei der 79. Montagsdemonstration, rechts eine Woche später. Da die Stuttgart 21-Gegner auf ihren Internetseiten keine Bilder mehr veröffentlichen, sind wir hier gezwungen, auf die Online-Bildersammlung der „Stuttgarter Zeitung“ zurückzugreifen.

Milliarden würden dann weit über dem vereinbarten Limit liegen. Jetzt hat dieser Stresstest, der noch von einer Schweizer Firma überprüft werden wird, wohl ergeben, dass keine zusätzlichen Gleise nötig sind, sondern einige kleinere Maßnahmen ausreichen.

Die Gegner von Stuttgart 21 sind enttäuscht. Der Verkehrsminister verstrickt sich in widersprüchliche Aussagen, der Vorwurf der Lüge wird gegen ihn erhoben (siehe Kasten). Das Aktionsbündnis sprach auf der 80. Montagsdemonstration von einer „Stresstest-Show“ und will nicht hingehen; Heiner Geißler hat angekündigt, wenn nicht alle kämen, würde er bei der Präsentation auch nicht dabei sein. Der Verkehrsminister kann schlecht absagen; schließlich sind seine Vorschläge für den Fahrplan von der Bahn auch berücksichtigt worden.

Die Punkte, die die Bewegung jetzt ins Feld führt, sind zunehmend schwächer unterfüttert. Der Volksentscheid ist eine Idee der SPD, die für das Projekt ist. Bei den Grünen ist sie eher unbeliebt, zudem verfassungsrechtlich umstritten und es besteht eine gro-

ße Wahrscheinlichkeit, dass sie nicht nur am ausgesprochen hohen Quorum scheitern würde. Denn in Baden-Württemberg dürfte sich kaum eine Mehrheit dafür finden, den Landeshaushalt mit einer hohen Schadensersatzzahlung zu belasten, nur damit der Stuttgarter Bahnhof nicht gebaut wird.

Bleibt die direkte Aktion – „bei Abriss Aufstand“. Die Transparente mit der Androhung von Sabotageaktionen, die es noch bei der 79. Montagsdemo gab („Wie wollt ihr 17,5 Kilometer Rohre schützen?“), waren bei der 80. Montagsdemo verschwunden. Der für den Herbst vorgesehene Abriss des Südflügels und das Fällen weiterer Bäume dürfte die Polizei nicht vor unlösbare Probleme stellen. Der neue Polizeipräsident Zülfe – der alte war nach Amtsantritt von Grün-rot wegen des Wasserwerfereinsatzes im September 2010 abgesetzt worden – hat bereits erklärt, dass die Polizei künftig auf alle Situation vorbereitet sein werde und nicht mehr davon ausgehe, dass es bei den Demonstrationen immer friedlich zugehen werde.

*Alfred Küstler*

## Der Grüne Minister im Stresstest

Der Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) schimpft über die Bahn: ihm lägen „keinerlei Materialien zum Stresstest“ vor, das war am Samstagabend im Landesprogramm des SWR-Fernsehen. Er dementierte dort auch, dass er gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ gesagt habe, das Projekt Stuttgart 21 dürfe den Stresstest bestanden haben.

Gegen diese Aussagen des Verkehrsministers stehen zwei Stellungnahmen.

Der Projektsprecher der Bahn, Wolfgang Dietrich, sagt: Der Verkehrsminister sei „längst informiert“. Bereits seit Monaten gebe es einen Lenkungsausschuss „Stresstest“. Dort sitzt auch Gerd Hickmann, ein enger Mitarbeiter Hermanns. In drei Sitzungen im Mai und Juni habe die Bahn in diesem Lenkungskreis Ergebnisse vorgestellt. In der Pressemitteilung Dietrichs heißt es: „Tatsache ist, dass der Verkehrsminister in der Sitzung des Lenkungskreises am 10. Juni 2011 dem Ablauf und den Rahmenbedingungen zur Veröffentlichung des Stresstests persönlich zugestimmt hat. Vereinbart wurde die öffentliche Vorstellung und abschließende Bewertung durch die unabhängigen Prüfer von sma für den 14. Juli 2011. Daher ist es völlig unverständlich, dass der Minister in der Öffentlichkeit jetzt genau diese Vorgehensweise kritisiert.“ Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtet außerdem, dass das Ministerium zusätzliche

Daten für die Fahrplanüberprüfung übermittelt habe und es ein Schreiben von Verkehrsminister Hermann an die Bahn gibt: „Mit dem von Ihnen vorgeschlagenen Vorgehen ist das Land grundsätzlich einverstanden.“

Der Journalist der „Frankfurter Rundschau“, Peter Kirnich, nennt die Aussagen Hermanns „eine Frechheit“. Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtet: „Kirnich arbeitet als Wirtschaftsredakteur für die ‚Berliner Zeitung‘ und hat laut eigenen Angaben an Fronleichnam, 23. Juni, am frühen Nachmittag mit Hermann telefoniert. Dabei seien die beiden Sätze des Ministers so gefallen, bestätigt der Journalist: ‚Ich habe das auf Band.‘ Da ‚Frankfurter Rundschau‘ und ‚Berliner Zeitung‘ eng verbandelt sind, was auf dem politischen Parkett jeder weiß, schrieb Kirnich sein Stück über Hermanns Bekenntnisse zum Stresstest für beide Blätter. Der Minister sei im besagten Telefonat über die Ergebnisse der Bahn bestens informiert gewesen, sagt der Redakteur – und wundert sich, dass Hermann später den Eindruck erweckte, die Bahn habe die Nachricht zum Stresstest als erste publik gemacht. (...) Der Minister selbst sagt gegenüber der StZ, er habe mit dem Redakteur nur im Hintergrund gesprochen und die Zitate nicht autorisiert. Was die Unterlagen zum Stresstest betrifft, habe er zwar inzwischen einige Charts der DB‘ gesehen, jedoch keine nachprüfbaren Originalunterlagen.“

Quelle: Stuttgarter Zeitung, 28.6.2011

## Gewerkschaftsrechte in Textilfabriken errungen

In Indonesien haben die nationalen Textilgewerkschaften SPN und GSBI die großen Sportartikelhersteller Nike, Adidas und Puma und ihre Zulieferer ein globales Abkommen unterzeichnet, das die Gewerkschaftsrechte in den Textilfabriken sichert. Seit Jahren kämpfen Textilarbeiterinnen an vielen Orten für ihre Rechte, nicht wenige wurden deswegen entlassen. Dabei ist die Liste der Unzumutbarkeiten lang: Hungerlöhne, befristete Verträge und andere prekäre Arbeitsbedingungen, fehlender Gesundheitsschutz, Überstunden und antigewerkschaftliche Aktionen. Mit der Unterzeichnung des Abkommens sind die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften einen Schritt weiter. Unterstützt wurden sie dabei von der internationalen Kampagne für Saubere Kleidung, Oxfam Österreich und der internationalen Textilarbeitergewerkschaft ITGLWF. Dem Abkommen könnten weitere folgen. Zu den Olympischen Spielen 2012 in London sollen weitere Unternehmen aufgefordert werden, zu unterzeichnen.

Zwei Jahre lang wurde verhandelt. Jetzt haben sich die Unternehmen nicht nur verpflichtet, auf Gewerkschaftsrechte zu achten, sondern sind außerdem in der Verantwortung, ihre Einhaltung auch bei den Zulieferbetrieben zu überprüfen. Verstöße können geahndet werden. Damit geht das Abkommen weit über die bisher üblichen Lippenbekenntnisse für ein sauberes Image hinaus. Das Abkommen wird es den Beschäftigten erleichtern, sich für ihre Rechte einzusetzen. Jetzt können Gewerkschaften nicht mehr daran gehindert werden, Informationen an die Beschäftigten weiterzugeben, Tarife sollen kollektiv verhandelt werden, Betriebsräte Zeit für die Interessenvertretung bekommen.

Quelle: Neues Deutschland, 10.6.2011

## Mansour Osanloo ist frei

Mansour Osanloo, Gewerkschaftsführer der Teheraner Busbetriebe, ist heute nach fast vierjähriger Haft in Iran freigelassen worden. Die Freilassung erfolgte offenbar gegen Kautions- und unter der Maßgabe „guter Führung“. Osanloo ist Präsident und Gründungsmitglied der freien Gewerkschaft Vahed, die der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft (ITF) angeschlossen ist. Die Gewerkschaft Vahed repräsentiert die Beschäftigten der Busbetriebe in Teheran und Umgebung. 2007 war Osanloo wegen „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ und „staatsfeindlicher Propaganda“ zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. 2010 wurde er zu einem weiteren Jahr

Haft verurteilt. ITF hat eine internationale Kampagne für die Freilassung Osanloos geführt. ITF-Generalsekretär David Cockroft erklärte: „Dies ist ein großer Tag für Mansour und seine Familie, aber auch für seine Gewerkschaftskollegen und all diejenigen von uns in der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die die Ehre haben, ihn einen Freund nennen zu können. Doppelt erfreulich ist seine Freilassung vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sein Gesundheitszustand sich während seiner Haft verschlechtert hat.“

Quelle: Labournet, 16.6.2011

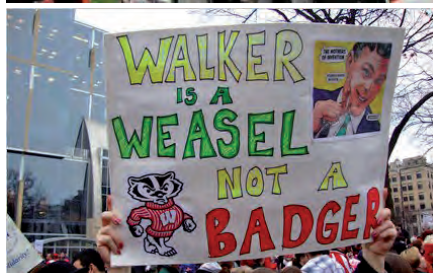
## Internationaler Gewerkschaftsbund ruft zur Solidarität mit türkischen Kollegen auf

Wegen ihrer Teilnahme an einer Demonstration hat die türkische Regierung eine Massenklage gegen 111 Gewerkschafter initiiert. Die Staatsanwaltschaft fordert in dem am 3. Juni in Ankara beginnenden Prozess Haftstrafen bis zu fünf Jahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Zu den Angeklagten gehören der Vorsitzende und der Generalsekretär der Lebensmittelarbeitergewerkschaft Tekgida-Is, Mustafa Türkel und Meci Amac, der ehemalige Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes DISK Süleyman Celebi, der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation des öffentlichen Dienstes KESK Sami Evren, die Vorsitzenden mehrerer Einzelgewerkschaften sowie zahlreiche weitere gewerkschaftliche und soziale Aktivisten.

Quelle: junge Welt, 31.5.2011

## Proteste in Wisconsin (USA)

Wisconsin war der Bundesstaat in den USA, der hiesigen Sozialstaatsreformen als Vorbild diente: Ganze Delegationen von Politikern fuhren nach Wisconsin, um sich bei den dortigen „Workfare“-Programmen Anregungen für hiesige Arbeitsmarktreformen zu holen. Im Frühjahr dieses Jahres fuhren andere Delegationen mit anderen Intentionen nach Wisconsin: Über zwei Monaten hielten „ägyptische Verhältnisse“ den Bundesstaat in Atem, nachdem wilde Streiks gegen ein Haushalts-sanierungsgesetz („budget repair bill“) der regierenden Republikaner ausbrachen, mit dem diese die Bewältigung der Krisenlasten (ein aktuelles Defizit von 136 Millionen Dollar zuzüglich eines prognostizierten Defizits von 3,6 Milliarden für die nächsten zwei Jahre) vor allem der lohnabhängigen Bevölkerung aufzubürden versuchten – mit rund achtprozentigen Lohnkürzungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und Kürzungen bei Renten



und Arbeitslosenversicherung für alle. Besonders umstritten: die gesetzliche Einschränkung der Koalitionsfreiheit und der Tarifautonomie, mit der – wie in elf weiteren Bundesstaaten seit den letzten Wahlen 2010 – den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre auf dem „Closed-Shop“-Prinzip basierende Form der Organisation und das Recht auf regierungsunabhängige Lohnfindung beschnitten werden sollte, einschließlich einer staatlich verordneten Vorgabe, Lohnerhöhungen nur im Rahmen des Inflationsausgleichs zu dulden und bei Zuwiderhandlung die Nationalgarde gegen die Gewerkschaften einzusetzen. Damit hätten dann, wenn sich ähnliche Vorhaben in anderen Bundesstaaten durchsetzen, insgesamt 33 Bundesstaaten in den USA die „Right-to-work“-Gesetzgebung eingeführt, nach der Beschäftigte das Recht haben, an der Gewerkschaft vorbei einen auf individueller Basis ausgehandelten Job in einem gewerkschaftlich organisierten Unternehmen anzunehmen. Das senkt die Kosten für die Unternehmen und zersetzt mühsam errungene gewerkschaftliche Kollektivvereinbarungen. Eben dieses liberal interpretierte „Recht auf Arbeit“ wurde, allen Protesten zum Trotz, mit einem juristischen Trick nun auch in Wisconsin verabschiedet.

Quelle: Labournet, 9. Juni 2011

## 70 000 Lehrer in Mexiko im Streik

Die Lehrer im Bundesstaat Oaxaca fordern mit ihrem Streik nicht nur mehr Geld für den Bildungssektor, sondern auch den Rücktritt verschiedener Politiker sowie die Aufarbeitung der blutigen Niederschlagung von Protesten 2006. Diese war vor einem Jahr versprochen worden, lässt aber bis heute auf sich warten. Die mehr als 70 000 Lehrer der Lehrergewerkschaft SNTE

im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca befinden sich seit Montag in einem unbefristeten Streik. Demonstrationen und Straßenblockaden legten zeitweise das historische Zentrum von Oaxaca-Stadt lahm. Mindestens 13 500 Schulen blieben geschlossen; für rund 1,3 Millionen Schüler fiel der Unterricht aus. Mit dem erneuten Ausstand wollen die Lehrer den Druck auf die Regierung in Mexiko-Stadt und die des Bundesstaates erhöhen.

Quelle: Neues Deutschland, 27.5.2011

## Lange Streiks in Botsuana

Botsuana steht still. In dem Binnenstaat im südlichen Afrika sind die Schulen geschlossen, die meisten Krankenhäuser kaum noch funktionstüchtig. Das nur zwei Millionen Einwohner zählende Land erlebt seit sieben Wochen den längsten und umfassendsten Streik seiner Geschichte. 90 000 Angestellte des öffentlichen Dienstes – und damit mehr als 30 Prozent der arbeitenden Bevölkerung – kämpfen für Lohnerhöhungen. Zunehmend richtet sich der Streik auch gegen die gewerkschaftsfeindliche Linie des Präsidenten Ian Khama. Der sieht die Gewerkschaften nicht als Gesprächspartner und will seine Landsleute mit harter Hand zurück in die Schulen und Krankenhäuser zwingen – eine Einigung rückt damit jedoch in noch weitere Ferne.

Quelle: junge Welt, 3.6.2011

## Tschechiens Räder stehen still

Am 15. Juni stehen in Prag und weiteren Teilen Tschechiens die Räder still. Mitarbeiter des öffentlichen Transports und der tschechischen Bahnen legen für 24 Stunden die Arbeit nieder. Begleitet wird der Streik von Straßenblockaden, für die extra Bergleute aus den nordböhmischen Kohlegruben in die Hauptstadt gebracht werden, und einer morgendlichen Gewerkschaftsdemonstration vor dem Gesundheitsministerium in Prag. „Wir streiken auch für euch“, lautet das Motto eines der größten Streiks seit dem dreitägigen Bahnstreik 1997. Im Gegensatz zu damals geht es diesmal nicht um Änderungen der Verkehrspolitik, sondern um eine eindeutige Demonstration gegen die Regierung des bürgerlichen Premiers Petr Necas und die von seinem Kabinett geplanten Reformen. Insbesondere die Pensionsreform, die eine Eigenbeteiligung an der Pensionsversicherung vorsieht, soll helfen, den verschuldeten Staatshaushalt – rund 5000 Euro kommen auf einen Bürger – zu sanieren. Gegen eine solche Teilprivatisierung wehren sich nun die 120 000 Gewerkschafter.

Quelle: Labournet, 16. und 17.6.2011



## Demonstration für eine bessere Schule in Berlin

BERLIN. 5 000 PädagogInnen, Eltern und SchülerInnen sind dem Aufruf des Bündnisses „Für eine bessere Schule in Berlin“ gefolgt und haben am 9. Juni allen Drohungen des Senats zum Trotz gemeinsam für mehr Geld für die Bildung demonstriert. Die Initiatoren sind sich einig und wissen, der 9.6.2011 wird nicht die letzte gemeinsame Aktion vor den Wahlen in Berlin sein. Die nächste Aktion am 10. September 2011 ist in der Vorbereitung. Ziel bleibt, die Ankündigung des Bildungsgipfels von 2008 in die Realität zu überführen. Derzeit gibt Berlin 4,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für frühkindliche und schulische Bildung aus. 2013 müssen es sieben Prozent sein. Der Landesschulerausschuss fordert anlässlich der Berliner Bildungsproteste

- Mehr Investition in unsere Bildung!
- Mehr Mitbestimmung für Schülerinnen und Schüler!
- Stärkere Förderung der Sekundarschulen!
- Mehr Studienplätze für den Doppeljahrgang 2012!
- Bessere Unterrichtsqualität!
- Mehr Lehrpersonal, Sozialpädagogen und Schulpsychologen!
- Bessere Ausstattung aller Schulen!
- Energetische Renovierungen an Schulen!
- Politische Bildung ab Klasse 7!
- Größere Vielfalt an Kursangeboten und Wahlmöglichkeiten!

[www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de)

## Aktionstage der Abolish!-Kampagne

BERLIN. Am Samstag, den 11. Juni 2011, endeten die Aktionstage der Kampagne Abolish! mit einer Demonstration durch die Berliner Innenstadt. Dem Aufruf folgten 1000 Teilnehmende. Die Forderungen der DemonstrantInnen waren die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und anderer rassistischer Sondergesetze. Gleichzeitig war die Demonstration ein politischer Gegenpol zum zeitgleich in Berlin stattfindenden Karneval der Kulturen, der seit Jahren den institutionellen Rassismus verschleierte. An der Demonstration beteiligten sich FlüchtlingsaktivistInnen aus Sammelunterkünften in ganz Deutschland, unter anderem

aus Regensburg, Würzburg, Augsburg, Braunschweig, Eisenach, Eisenhüttenstadt, Hennigsdorf und Hohenleipisch. Am Vortag fand bereits eine Flüchtlingskonferenz im Statthaus Böcklerpark statt. 150 Flüchtlinge tauschten sich dort zu den Lebensbedingungen in den Lagern und über Erfahrungen aus den regionalen Kämpfen im Umgang mit den diskriminierenden Gesetzen aus. Dabei berichteten auch Flüchtlinge aus Hennigsdorf von ihrem aktuellen Streik gegen das Sachleistungsprinzip, mit dem sie an Flüchtlingskämpfe, wie die Hungerstreiks in bayerischen Lagern von 2010, anknüpfen. Konsens der Aktionstage ist, dass die Abolish!-Kampagne weiterhin an ihrem erklärten Ziel, die rassistischen Sondergesetze abzuschaffen, arbeiten wird und in diesem Rahmen die Kämpfe von AktivistInnen bundesweit vernetzen wird. <http://kampagne-abolish.info>

## 2. Aktionstag der Kampagne TATORT Kurdistan am 1. September

BERLIN. Die Kampagne TATORT Kurdistan möchte mit ihrem 2. bundesweiten Aktionstag am 1. September 2011 ein Zeichen gegen Rüstungsexporte und die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen setzen. Sie erklärt: „Die weltweit führenden Rüstungskonzerne konnten laut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) ihren Umsatz 2009 um weitere 8% auf 296 Mrd. Euro steigern. In den vergangenen fünf Jahren haben deutsche Firmen ihre Rüstungsexporte fast verdoppelt, die Türkei ist dabei mit 15,2 Prozent weiterhin der wichtigster Abnehmer für die BRD. Deutsche Konzerne profitieren vom Boom im Rüstungsbereich: Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann (KMW), ThyssenKrupp, Diehl, MTU oder Heckler & Koch. Die Bundesregierung schreckt nicht davor zurück, Waffenexporte an Staaten zu genehmigen, in denen interne Gewaltkonflikte herrschen und Menschenrechte systematisch durch die Staatspolitik verletzt werden. Die Türkei ist dabei nur ein Beispiel von vielen. Beim Aktionstag soll dargestellt werden, wie und wo

deutsche Waffen bei der Verletzung von Menschenrechten, bei Kriegsverbrechen und bei der Zerstörung von Landschaften in Kurdistan eingesetzt werden. Dabei ist zu erwähnen, dass die Zahl der politischen Inhaftierten in Kurdistan und der Türkei seit Ende der 90er Jahre ihren höchsten Stand erreicht hat, dass Ende 2010 der Einsatz von chemischen Waffen durch das türkische Militär gegen kurdische Guerillas auch in den deutschen Medien und im Bundestag thematisiert wurde und dass das systematische Abbrennen von Wäldern in Kurdistan weiter zunimmt.“ Ein bundesweites Vernetzungstreffen findet am 26.6. in Hannover statt.

Mehr Informationen: <http://tatortkurdistan.blogspot.de>, [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)

## Bundesweite Kampagne „Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder!“

BERLIN. Anlässlich des Internationalen Kindertages am 1. Juni starteten über 40 Organisationen gemeinsam die Kampagne „Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder!“. Ziel ist es, ein Jahr lang mit kreativen Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und politischem Druck Gesetzesänderungen und konkrete Verbesserungen für Flüchtlingskinder in Deutschland zu erreichen. Denn obwohl die Bundesregierung im Juli 2010 offiziell den seit 18 Jahren bestehenden Vorbehalt zur UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen hat, werden Flüchtlingskinder im Vergleich zu Kindern mit deutschem Pass weiterhin massiv benachteiligt, unter anderem in der Gesundheitsversorgung, bei Schul- und Berufsbildung, Arbeitsmöglichkeiten, Bewegungsfreiheit sowie der Möglichkeit mit ihrer Familie oder Verwandten zusammen zu wohnen. Heiko Kauffmann von Pro Asyl fordert die Bundesregierung, den Bundestag und die Länder auf, nach dem Signal der Rücknahme nun auch die zwingenden rechtlichen Konsequenzen zu ziehen und die volle Umsetzung der in der Kinderrechtskonvention garantierten Rechte auch für die Flüchtlingskinder in die Wege zu leiten. „Deutschland muss nun beweisen, wie menschenrechts- und integrationsfreundlich es wirklich ist.“ Jörg Maywald von der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in



Deutschland erinnert daran, dass der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Deutschland bereits zweimal, 1995 und 2004, wegen seiner Haltung gegenüber Flüchtlingskindern kritisiert hat und – wenn sich nichts ändert – auch erneut auffordern muss, die Rechte von Flüchtlingskindern innerstaatlich vollumfänglich umzusetzen. „So lange können die betroffenen Kinder nicht warten. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Medien auf die menschenrechtswidrige Situation minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland immer wieder aufmerksam machen.“

[www.hier.geblieben.net](http://www.hier.geblieben.net)

## Netzwerk gegen Rüstungsforschung gegründet

BRAUNSCHWEIG. Vom 27. bis 29. Mai fand an der TU Braunschweig der erste Kongress seit mehr als 20 Jahren gegen Rüstungsforschung und für die Etablierung von Zivilklauseln statt. Mehr als 100 Studierende, Hochschulangehörige sowie Gewerkschaftler erklärten: „Wir fordern friedliche und zivile Hochschulen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Wir wollen sinnvolle Beiträge zur friedlichen Lösung der Probleme und Konflikte dieser Welt leisten.“ Sehr bewusst als Ausdruck für die zivile und friedliche Orientierung haben sich Hochschulen in ihren Senaten und Selbstverwaltungsorganen für Zivilklauseln entschieden. Über Zivilklauseln verfügen Hochschulen in Bremen, Berlin, Dortmund, Konstanz, Oldenburg und Tübingen. An vielen anderen Hochschulen werden von Studierenden und Wissenschaftler/innen Zivilklauseln angestrebt oder eingefordert, wie z. B. in Bochum. Der Kongress setzte sich für die Verteidigung der bestehenden Zivilklauseln ein und damit gegen die Versuche, diese zu unterlaufen oder abzuschaffen. In der Erklärung, die die Veranstalter des Kongresses, zu denen neben dem FZS (Dachverband der Studierenden), Friedensorganisationen wie die Naturwissenschaftlerinitiative und die IALANA auch die Gewerkschaften Verdi und GEW gehörten, heißt es u.a.: „Wir fordern eine breite Diskussion um die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaftlerinnen und des Wissenschaftlers, aber auch der Institution Hochschule. Wissenschaft, Forschung und Lehre müssen dem Frieden und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet sein ... [www.abs-bund.de](http://www.abs-bund.de)

## Räte der Religionen: „Sie schaffen Frieden in der Stadt“

FRANKFURT A.M. Zunehmend häufiger bilden sich „Räte der Religionen“ in deutschen Kommunen. Auslöser dafür

sind antisemitische Vorfälle, Konflikte beim Moscheebau oder dem Ruf vom Minarett, Auseinandersetzungen an Schulen, Diskriminierungen wegen der Kippa, dem Kopftuch und der Nonnentracht oder der Wunsch nach einem besseren Miteinander vor Ort. Räte der Religionen bemühen sich, meist in enger Verbindung mit Bürgermeistern und kommunalen Behörden, um eine Lösung örtlicher Konflikte. Sie führen Dialoge, veranstalten Friedensfeste, Friedensgebete, Diskussionen in Schulen, Begegnungen zur Interkulturellen Woche und Fußballspiele zwischen Pfarrern und Imamen, sie besuchen Synagogen, Kirchen und Moscheen. Dadurch tragen sie zum sozialen Zusammenhalt bei. An einigen Orten haben Bürgermeister zu den Räten der Religionen gesagt: „Sie schaffen Frieden in der Stadt“. Erstmals haben sich am 26. Mai 2011 in Frankfurt/M. Vertretungen von Räten der Religionen und ähnlicher kommunaler Einrichtungen aus Deutschland getroffen. Dazu eingeladen hatten der Interkulturelle Rat in Deutschland und der Rat der Religionen Frankfurt. Die 26 Teilnehmenden waren Bahá'í, Buddhisten, Christen, Juden, Mormonen und Muslime aus Aachen, Augsburg, Berlin, Darmstadt, Dreieich, Duisburg-Essen, Frankfurt/M., Freiburg, Friedrichsdorf, Hannover, Köln, Nimwegen/Holland, Osnabrück, Siegen und Stuttgart. Es hat sich gezeigt, dass die Strukturen der interreligiösen kommunalen Kooperationen sehr unterschiedlich sind. Die Vielfalt wurde von den Teilnehmenden ausdrücklich befürwortet. Das nächste Treffen der Interreligiösen Konferenz ist für den 22. Mai 2012 in der Griechisch-Orthodoxen Gemeinde in Frankfurt/M. vorgesehen. Die Konferenz versteht sich als interreligiöse Plattform für den Austausch zu kommunalen Themen. Sie vernetzt bundesweit Räte der Religionen und ähnliche kommunale Gremien. Gefördert wird die Konferenz durch die Karl-Konrad- und Ria-Groeben-Stiftung und den Rat der Religionen Frankfurt. [www.interkultureller-rat.de](http://www.interkultureller-rat.de)

## 1,3 Millionen brauchen die Tafeln

BERLIN. Von der positiven Wirtschaftsentwicklung ist bei den Tafeln nichts zu spüren. Die Zahl der Hilfesuchenden ist in den vergangenen zwölf Monaten auf etwa 1,3 Mio. Menschen gestiegen. Vor allem Kinder und Senioren nutzen das Angebot häufiger. Der Anteil der Senioren hat sich von 12 Prozent im Jahr 2007 auf aktuell etwa 17 Prozent erhöht. Heranwachsende machen bei einigen Tafeln schon einen Anteil von bis zu 40 Prozent aus. Der Vorsitzende des Bundesverbands Deutsche Tafel, Gerd Häuser, warnte vor den Konsequenzen, die Preissteigerungen bei

Energie und Lebensmitteln für Geringverdienende hätten, und kritisierte die aktuelle Sozialpolitik: „Der Wirtschaftsaufschwung geht an Millionen Menschen vorbei. Die Zahl derjenigen, die sich aus eigener Kraft kaum aus dem Hartz-IV-Bezug befreien können, liegt auch weiterhin bei mehreren Millionen. Dazu kommen rund 1,4 Mio. Aufstocker. Von ihnen ist selten die Rede, wenn das neue Jobwunder gepriesen wird, gleichzeitig aber zum Beispiel die Mittel für berufliche Eingliederungsmaßnahmen für AlgII-Bezieher stark gekürzt werden.“ Er forderte erneut einen Bundesbeauftragten für die Bekämpfung der Armut und appellierte angesichts von Millionen Tonnen noch verzehrfähigen Lebensmitteln, die auf dem Müll landen, Angebot und Nachfrage in eine ökologisch und sozial vertretbare Balance zu bringen. (Lebensmittel Praxis, 21.6.2011)



## 14. Volksbegehren in Hamburg zustande gekommen

HAMBURG. Die Initiative „Unser Hamburg – unser Netz“ hat nach eigenen Angaben die nötige Anzahl von 64 000 gültigen Unterschriften erreicht. Die Initiatoren wollen die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze von 2015 an wieder vollständig in den Besitz der öffentlichen Hand bringen. Damit wäre das insgesamt 14. Volksbegehren in Hamburg zustande gekommen, seitdem die Volksgesetzgebung 1998 eingeführt wurde. „Hamburg ist bundesweit Spitzenreiter in Sachen direkter Demokratie“, sagt Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher des Vereins Mehr Demokratie. „In keinem anderen Bundesland finden so häufig Volksbegehren statt, im Schnitt alle 1,3 Jahre. Das liegt nicht zuletzt an den guten Spielregeln für die Volksgesetzgebung. In einem Volksentscheid-Ranking, das die Regeln der direkten Demokratie in den Bundesländern vergleicht, erhielt Hamburg dafür Platz 1.“ Kurz zuvor war in Hamburg das Volksbegehren „Die Stadt gehört uns – Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen“ der Gewerkschaft Verdi gescheitert, da nicht ausreichend Unterschriften zusammen kamen. „Das lag nicht am Thema, sondern an der Organisation“, sagt Angelika Gardiner von Mehr Demokratie Hamburg. „Die Gewerkschaft hatte sich beim Unterschriftensammeln auf ihre Mitglieder verlassen, die zwar mit Rundmails beschickt, jedoch nicht richtig mobilisiert wurden. Eine Top-Down-Strategie, die nicht aufging. Die Netz-Initiative hatte eine andere Strategie. Sie hat erneut gezeigt, dass Volksbegehren auf der Straße, im Gespräch mit den Bürgern gewonnen werden, in einem Willensbildungsprozess von unten nach oben.“

[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)

# Viel Konsens, aber keine Einigung – Der Streit um die Schulreform in NRW

von Jonas Bens

„Schulfrieden zum Greifen nahe“, titelte am 17. Juni 2011 noch der „Kölner Stadtanzeiger“. „Schulfrieden ist in weite Ferne gerückt“, titelte am 22. Juni die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“. So viel Dynamik hatte die Debatte um die Schulreform in NRW, die seit inzwischen 40 Jahren mal leidenschaftlicher, mal weniger leidenschaftlich, aber immer unversöhnlich geführt wird, schon lange nicht mehr. Und das obwohl die Vorzeichen sich geändert haben: Nahezu alle Akteure, insbesondere SPD und CDU, scheinen, betrachtet man ihre öffentlichen Äußerungen, auf einen bislang ungekannten Kuschelkurs eingeschwenkt zu sein. Einen parteiübergreifenden Konsens in der Schulpolitik sollte es da geben, versprach kurz nach ihrem Amtsantritt die grüne NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann. Nach dem letzten Landesparteitag bot die CDU-NRW der rot-grünen Minderheitsregierung gar einen „Schulfrieden“ an. Das spricht für neue Konsensbereitschaft in einem Politikbereich, der klassischerweise zu den ideologisch aufgeladensten zählt. Alle scheinen also auf Konsens aus zu sein, nur wer diesen herstellen darf, darüber besteht nach wie vor keine Einigkeit.

## Der Schulversuch Gemeinschaftsschule

So viel zur Geschichte des Konflikts: Nach ihrem Amtsantritt hatte sich das von der grünen stellvertretenden Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann geführte Schulministerium daran gemacht, eines der wichtigsten Wahlversprechen von SPD und Grünen umzusetzen: Eine Schule für alle. Dabei stellten sich zwei Probleme: Zum einen fehlte der rot-grünen Minderheitsregierung die Landtagsmehrheit, das Schulgesetz entsprechend zu ändern. Zweitens stellte sich ein verfassungsrechtliches Problem: Artikel 12 der Landesverfassung garantiert die Hauptschule als Regelbestandteil der Volksschule. Eine einfachgesetzliche Abschaffung der Hauptschule erschien vor diesem Hintergrund verfassungsrechtlich zumindest nicht unproblematisch. Eine verfassungsändernde Mehrheit war allerdings ohne die CDU, die im Wahlkampf die Beibehaltung des bisherigen Schulsystems zu einem ihrer Profilprojekte gemacht hatte, undenkbar.

Aus diesem Grunde entschied sich

die rot-grüne Landesregierung, einen Modellversuch auf Grundlage der sogenannten Experimentierklausel, dem § 25 des NRW-Schulgesetzes, zu starten. Auf dieser gesetzlichen Grundlage, sollten Kommunen auf Antrag beim Land durch Zusammenlegung bisheriger Schulen eine Gemeinschaftsschule einrichten können. Diese Schule sollte grundsätzlich die gesamte Sekundarstufe 1 umfassen und im gebundenen Ganztag stattfinden. Bis zur 7. Klasse soll dort der Unterricht obligatorisch integriert durchgeführt, von der 7. bis zur 10. Klasse entweder integriert oder in schulformspezifischer Gliederung angeboten werden. Hierbei sollten gymnasiale Standards garantiert werden.

Die Nachfrage nach der neuen Gemeinschaftsschule war auch bei CDU-regierten Kommunen vorhanden. Von den 19 für das kommende Schuljahr eingegangenen Anträgen genehmigte das Ministerium 17, bei weiteren drei kam die Mindestanmeldezahl nicht zustande, bei einer weiteren musste die Genehmigung wegen Anmeldeproblemen wieder entzogen werden. (Daten: „Rheinische Post“, 22. Juni 2011).

Das jähe Ende des Schulversuchs kam durch ein Urteil über die Einrichtung der Gemeinschaftsschule im sauerländischen Finnentrop. Dort entschied das Gericht, dass § 25 des Schulgesetzes für eine solch weitreichende Änderung der Schulstruktur in Finnentrop als Rechtsgrundlage nicht ausreiche. Dieses Urteil betrifft zwar nicht direkt die Einrichtung der verbleibenden zwölf Gemeinschaftsschulen, aber die Einrichtung neuer Schulen ist zunächst einmal gestoppt.

## Kursänderung der CDU in der Schulpolitik

Die neue Situation erfordert es nun doch das Thema Schulgesetzänderung, gegebenenfalls in Verbindung mit einer Verfassungsänderung, erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Die Lage hatte sich zusätzlich verändert, weil die oppositionelle CDU auf ihrem Landesparteitag zur Schulpolitik eine Abkehr vom bisherigen Kurs vereinbart hatte und ihr strenges Beharren auf dem Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems und der Hauptschule wesentlich aufweichte.

Das ging vor allem auf die Forderung der ländlichen kommunalen Basis der NRW-CDU zurück: Denn gerade die Kommunen auf dem Land stehen vor einem demografischen Problem: Die

Zahl der Schülerinnen und Schüler wird in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2019 um über 300 000, also fast 16 Prozent zurückgehen. (Daten: NRW Schulministerium <http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Gemeinschaftsschule/index.html>). Das mache es immer schwieriger, ein attraktives wohnortnahes weiterführendes Schulangebot vorzuhalten, so der Einwand der CDU-Kommunalpolitiker/innen. Die CDU formulierte nach der geänderten Beschlusslage ein Friedensangebot in der Schulpolitik an die rot-grüne Landesregierung und lies Bereitschaft erkennen, die Streichung der Hauptschule aus der NRW-Verfassung unter bestimmten Bedingungen zu unterstützen.

## Schulpolitisches „Roll-Back“ bei der CDU?

Für umso größere Überraschung sorgte daher kürzlich die Reaktion der CDU auf eine Einladung der Landesregierung an alle Fraktionsspitzen des Landtags, auf einem Treffen gemeinsam über die Schulpolitik zu diskutieren. Die CDU kündigte an, an keinem Treffen über die Schulpolitik teilzunehmen, bei dem Die Linke dabei sei. Landesvorsitzender und Bundesumweltminister Norbert Röttgen verkündete im „Taz“-Interview: „Wem eine gemeinsame Schulpolitik mit den Kommunisten wichtiger ist, als ein gemeinsamer Kurs der demokratischen Parteien, der verwirkt die Chance auf einen schulpolitischen Konsens in Nordrhein-Westfalen.“ („Taz“, 21. Juni 2011). Zwei Tage später verschärfte er in der „Rheinischen Post“ noch einmal den Tonfall: „Für uns gibt es eine Grenzlinie. Wir machen keine Politik mit Altkommunisten und Sektierern – weder in Nordrhein-Westfalen noch sonst irgendwo.“ („Rheinische Post“, 23. Juni 2011).

Diese verbale Radikalität kann eigentlich nur als Signal an die konservative Basis der CDU gewertet werden. Diese hat nicht nur ein Problem mit der Linkspartei, sondern auch mit der Aufweichung des dreigliedrigen Schulsystems. Tatsächlich ist es so, dass der konservative Flügel der CDU in letzter Zeit einiges einstecken musste. Hat doch die christdemokratisch geführte Bundesregierung nicht nur den Ausbau von Kindertagesstätten, die Ausweitung der Stammzellenforschung und der Präimplantationsdiagnostik, sondern neuerdings auch noch den Atomausstieg auf der Agenda. Zudem scheint es momentan so, als werde das Klima

für schärfere Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit, auch einem Herzensanliegen der CDU-Konservativen, mit der FDP-Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger nicht gerade angenehmer. Die momentane Debatte um die Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze zeigt, dass die FDP hier ein wesentlich skeptischerer und komplizierterer Koalitionspartner ist, als es die SPD in der großen Koalition war. Es ist durchaus denkbar, dass die Bundeskanzlerin nun meint, sich einen weiteren Vorstoß auf dem Bereich der Schulpolitik nicht leisten zu können.

Angela Merkel, die zugleich CDU-Vorsitzende ist, begann daher auch auf einem anlässlich des Schwenks in der Atompolitik anberaumten Kreisvorsitzenden-Treffen in Berlin den verbalen Brückenschlag zu den Konservativen. Wenn man die Schulpolitik der CDU betrachte, so Merkel, könne man inzwischen ja fast alles finden. In einer darauf folgenden für ihre Verhältnisse leidenschaftlichen Verteidigung des gegliederten Schulsystems bemerkte sie nur am Rande, dass man natürlich auch Lösungen für ländliche Gemeinden mit zu wenigen Kindern finden müsse. Aber die Marschrichtung war klar: Das schon in der CDU teils tot-

gegaubte gegliederte Schulsystem scheint nun doch länger zu leben.

Vor diesem Hintergrund erscheint es gut denkbar, dass Merkel den ihr nahen Umweltminister und NRW-Landeschef Röttgen angewiesen hat, in NRW erst einmal etwas auf die Bremse zu treten mit dem Schulfrieden. Da Röttgen, der in der CDU ohnehin als unangenehm links gilt, momentan selbst genug mit der Erklärung des Atomausstieges zu tun hat, kommen auch ihm versöhnlichen Signale an die Konservativen in der Partei nicht ungelegen.

Natürlich sind dafür für die CDU keine Probleme gelöst. Sie hat eine wahrlich schwierige Aufgabe zu bewältigen, auf der einen Seite ihre konservativen Ideologen auf der anderen Seite ihre ländlichen Bürgermeister in der Schulpolitik zu befriedigen. Vieles deutet darauf hin, dass man sich auf einen Kompromiss einigen will, nach dem Hamburger Modell eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu befürworten. Ob dies aber ausreichen wird, die Wogen zu glätten, oder gar mit der SPD in NRW zu einer Einigung zu kommen, darf bezweifelt werden.

#### **Zeit für ein rot-rot-grünes Schulgesetz?**

SPD und GRÜNE scheinen in dieser

Lage doch eher auf Die Linke zu setzen. Diese verschließt sich in dieser Frage nicht den Gesprächen und fährt vielmehr eine pragmatische Linie. Die Landtagsvizepräsidentin und Schulpolitikerin Gunhild Böth vertritt in einer Pressemitteilung die Ansicht, eine Verfassungsänderung in punkto Hauptschule sei ohnehin unnötig und eine Schulreform sei auch über den Weg der Gesamtschulen gangbar. Dies soll offenbar der SPD den Weg bereiten auch ohne „Schulfrieden“ mit der CDU, Verhandlungen mit der Linken über eine Schulgesetzänderung aufzunehmen.

Hannelore Kraft verkündete in der Debatte um die Gespräche mit der Linken zur Schulpolitik, natürlich gebe es auch für sie Grenzen der Zusammenarbeit. Fordere Die Linke etwa die Abschaffung des Religionsunterrichts, so würden die Gespräche seitens der SPD beendet. Hier dürfte allerdings kaum der Knackpunkt der Verhandlungen liegen. Dem aufmerksamen Leser der Landesverfassung entgeht nämlich nicht, dass der Religionsunterricht in Artikel 14 verfassungsrechtlich garantiert wird. Und eine Zweidrittelmehrheit zu dessen Abschaffung ist derzeit nicht denkbar.

# **Verfolgung und Vernichtung in St. Pauli**

## **Individuelle und institutionelle Tatortbetrachtungen zur Paulinenstraße 10 und 12**

Marut G. Perle

### **I.**

Im Sommer 2009 lernte ich Heiko Schesselmann und das Wohnprojekt Gure Etxea kennen: Heiko recherchierte zu zwei Häusern in St. Pauli, die die Menschen des Wohnprojektes sanieren und bewohnen wollten. Damals hatte sich Heiko insbesondere mit der Paulinenstraße 10 beschäftigt und hörte von mir einiges zur Paulinenstraße 12. Heiko kündigte damals an, dass die Menschen des Wohnprojektes beabsichtigten, die Recherchen zu den beiden Häusern in einer Ausstellung zu dokumentieren. Die beiden Banner, die vom Wohnprojekt zur Geschichte der beiden Häuser entwickelt wurden, werden heute nicht zufällig am 16. Mai der Öffentlichkeit vorgestellt:

### **II.**

Genau heute vor 71 Jahren, am frühen Morgen des 16. Mai 1940, wurden im gesamten norddeutschen Raum mehr als tausend Sinti und Roma verhaftet und, soweit sie nicht in Hamburg weggefangen wurden, im Laufe des Tages mit der Reichsbahn, städtischen Bussen oder Polizei-LKW nach Hamburg gebracht.<sup>1</sup>

Am selben Morgen wurden in Ham-

burg mehr als 550 Sinti und Roma von sechs Festnahmegruppen aus sechs Kripo-Revieren verhaftet und mit Zwischenstopp auf den Polizeiwachen in den Freihafen gebracht. Dort wurden sie gesammelt im HHLA-Fruchtschuppen C<sup>2</sup> am Magdeburger Hafen, einem zweistöckigen Gebäude am östlichen Rand des Gaswerkgeländes, direkt an der Baakenbrücke in der heutigen HafenCity.

Die in Lübeck verhafteten Sinti und Roma wurden am Bullerdeich entlastet und dann in die Neustädter Straße ins Obdachlosenasyll gebracht, bevor auch sie am 19. Mai im Fruchtschuppen C ankamen<sup>3</sup>. Aus Bremen und Bremerhaven kamen Sinti und Roma, ebenso aus Oldenburg. Sinti- und Roma-Familien aus dem gesamten norddeutschen Raum waren unter dem Vorwand einer angeblichen „Umsiedlung“ in den HHLA-Fruchtschuppen C eingesperrt worden.

Schließlich wurden geschätzte 910 Sinti und Roma am 20. Mai 1940 frühmorgens mit einem Güterzug vom Fruchtschuppen C über den Hafenbahnhof Kai rechts aus dem Freihafen direkt in das ostpolnische Belzec deportiert.

### **III.**

Die Hamburger Sozialverwaltung war nicht erst an der Vorbereitung und

Durchführung der Deportation vom Mai 1940, sondern schon im Dezember 1939 an dem Versuch beteiligt, 1000 Sinti und Roma ins von den Deutschen okkupierte Polen zu deportieren<sup>4</sup>. Aus einem Protokoll vom 11. Mai 1940<sup>5</sup> geht hervor, dass auch der Sonderdienststelle A, die speziell zur Erfassung und Kontrolle der Hamburger Sinti und Roma im Frühjahr 1938 gebildet worden war<sup>6</sup>, darin eine Rolle zugeordnet wurde.

In der Paulinenstraße Nr. 12 hatte diese Sonderdienststelle A ihren Sitz. Als Nebenstelle des Wohlfahrtsamtes residierte die Abteilung für Wohnungslose und Wanderer hier schon seit Ende der 20er Jahre<sup>7</sup>.

Bis zu 900 Klienten stauten sich manchmal vor dieser Dienststelle, die keine 150 Meter entfernt lag von der Landesgrenze zum bis 1937 noch preußischen Altona. Hauptaufgabe dieser Einrichtung: Wohnungslose und Wanderer den Aufenthalt in Hamburg so schwer wie möglich machen, Hilfesuchende möglichst über die Landesgrenzen abwimmeln. Schon bei der reichsweiten sog. „Bettleraktion“ 1933 wurden in Hamburg 1400 „Bettler“ verhaftet<sup>8</sup>.

Die latenten Lager- und Ausmerzungsphantasien der Wohlfahrtsexperten der 20er Jahre<sup>9</sup> wurden nach 1933 Wirklichkeit. Ideologisch aufge-



hetzte und politisch gleichgeschaltete Verwaltungen verwalteten nicht mehr ihre Klienten, sondern fingen an, sie zu bekämpfen: die als „asozial“ und „gemeinschaftsfremd“ gebrandmarkten Menschen wurden schikaniert, in Zwangsarbeit genötigt, ihre Fortpflanzung unterbunden, schließlich in Zusammenarbeit mit Polizei und Gestapo kriminalisiert und dann zur Vernichtung freigegeben.

Die Nazi-Doktrin der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“<sup>10</sup> wurde ergänzt durch „kämpfende Verwaltung“<sup>11</sup> z.B. des Sozial- und Wohlfahrtswesens, deren Opfer nach kruden Nützlichkeits- und Lebensberechtigungs-Kriterien ausgesondert und der Vernichtung ausgeliefert wurden.

Am 16. Mai 1940 hielt sich Stadtamtmann Hohm in der Paulinenstraße 12

in Bereitschaft<sup>12</sup>, seine Mitarbeit wurde letztlich hier nicht weiter erforderlich.

#### IV.

Während die Sonderdienststelle A hier die typische Institution der durch Verwaltungshandeln kämpfenden Sozialverwaltung darstellt, dokumentiert Haus Paulinenstraße Nr. 10 die Verfolgungs- und Vernichtungsgeschichten einer Hamburger Familie, die nach allen Regeln der damals herrschenden Verbrechergesetze bürgerlich entrechtet und ausgeraubt wurden, um sie am Ende in Auschwitz auch noch physisch auszulöschen.

Fast 70 Jahre hat das Haus Nr. 10 eine normale Geschichte: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erwirbt Dr. Storch Haus Nr. 10 und lässt es zum Wohnhaus mit Arztpraxis umbauen. 1934, ein Jahr

nach der Machtergreifung der Nazis, stirbt Dr. Storch. Sein Sohn Dr. Alfred Storch ist in die Schweiz emigriert und gehindert, sein Erbeileb anzutreten. Seine Schwester Elsa erbt.

Im Jahr der Rassegesetze 1935 wird das Haus von der NSDAP St. Pauli Nord okkupiert. Die ältere Tochter Marianne flüchtet 1937 in die Schweiz<sup>13</sup>. Im Juni 1938 muss Elsa ihre Haushälfte verkaufen, weil sie ihren Mann Dr. Ernst Jacobson und Tochter Ruth unterhalten will.

Dr. Jacobson hatte seine Arztpraxis in Altona verloren. Der faschistische Nazi-Mob aus wildgemachten und -gewordenen Kleinbürgern hatte Dr. Jacobson sexuelle Missbrauchsdelikte unterstellt. Das insbesondere gegen wohlhabende männliche Juden benutzte Konstrukt der angeblichen „Rassenschande“<sup>14</sup>, also sexueller Kontakt mit einer „Ari-

**Fußnoten:** 1 Siehe: Ulrich Pohn: Zur Topographie und zum Ablauf der Deportationen von Roma und Sinti aus Hamburg und Norddeutschland in den Jahren 1940 bis 1944. Gutachten der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, erstellt im Auftrag der Behörde für Kultur, Sport und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg und der HafenCity GmbH, Hamburg 2009 (zitiert als/z.a.: Pohn 2009) sowie: Marut G. Perle: Deportationsstätte Fruchtschuppen C. Die Deportation der Sinti und Roma im Mai 1940 und die Hamburger Freihafenlogistik. Hamburg 2010. 2 Siehe: Marut G. Perle: Der (Süd-) Fruchtschuppen C (-ehn). Deportationsstätte für Sinti und Roma aus Hamburg und Norddeutschland. Und Faksimile „Der Südfruchtschuppen am Magdeburger Hafen in Hamburg“ (Baurundschau vom 30. Mai 1912) In: Lokalberichte Hamburg Nr. 19 vom 26. September 2009, S. 10-12 3 Vgl. Landesarchiv Schleswig (LAS): Abt. 627, Nr.135: „Bericht der Lübecker Kriminalpolizei vom 20. Mai 1940“, Abgedruckt in: Pohn 2009, S. 19. 4 Staatsarchiv Hamburg (StAHH): Sozialbehörde I, AF 83.74: „Besprechung zwischen Polizei und Sozialverwaltung“ vom 12.12.1939; Abgedruckt in Linde Apel (Hg.): In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945. Berlin 2009, S. 66 f. (z.a.: Apel 2009). Siehe hierzu: Uwe Lohalm: Diskriminierung und Ausgren-

zung „zigeunerischer Personen in Hamburg“ 1933 bis 1939. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Die nationalsozialistische Verfolgung Hamburger Sinti und Roma. Vier Beiträge. Hamburg 2002, S. 31-59 und aktuell: Uwe Lohalm: Völkische Wohlfahrtsdiktatur. Öffentliche Wohlfahrtspolitik im nationalsozialistischen Hamburg. München/Hamburg 2010. Siehe hier insbesondere Kap. VII: „Ausgrenzung von sogenannten Gemeinschafts- und Rassefremden und ihre Überantwortung an die Polizei“ (S.383-494). 5 StAHH: Sozialbehörde I, AF 83.74: „Besprechung bei Kriminalrat Lyss“ vom 11. Mai 1940; Abgedruckt in: Apel 2009, S. 76 f. 6 Wolfgang Ayaß: „A s o z i a l e“ im Nationalsozialismus. Stuttgart 1995 sowie Wolfgang Ayaß: Vom „Pik As“ ins „Kola-Fu“. Die Verfolgung der Bettler und Obdachlosen durch die Hamburger Sozialverwaltung. In: Projektgruppe f.d. vergessenen Opfer d. NS-Regimes (Hg.): Verachtet-Verfolgt-Vernichtet. Hamburg 1988, S. 152-171, hier: S. 159 (z.a.: Ayaß 1988). 7 Ayaß 1988, S.156. 8 Ayaß 1988, S. 155. 9 Vgl. Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas, Karl-Heinz Roth (Hg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984 (z.a.: Mustergau 1984) und Ayaß 1988, S. 162f. 10 Die Grundlinien der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ wur-

den am 14. Dezember 1937 in einem Erlass des Reichs- und Preuß. Innenministers, Wilhelm Frick, formuliert. Darin wurde vor allem die Kriterien entwickelt, wie die „Polizeiliche Vorbeugungshaft“, also Präventiv-Verhaftung zur vorgeblichen Verbrechensverhinderung, anzuwenden sei. Tatsächlich bedeutete er vor allem: Einweisung in Konzentrationslager. Siehe: Ayaß 1995, S. 139 ff. 11 Nicht überraschend, ist Reinhard Heydrich Schöpfer dieses Schlagwortes. In einer Ansprache vor leitenden Mitarbeitern der Besatzungsverwaltung in Prag benutzte er am 2. Oktober 1941 die Formulierung „kämpfende Verwaltung“, um die von der SS gewünschte Denkhaltung in der Verwaltungsarbeit zu skizzieren. Siehe: Michael Wildt (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite und Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS. Hamburg 2003, S. 37. 12 StAHH Sozialbehörde I, AF 83.74: Bericht der Sonderdienststelle A (Stadtsekretär Hohm) in der Sozialbehörde: „Betrifft: Bekämpfung der Zigeunerplage“ vom 6. Juni 1940, abgedruckt in Apel 2009: S. 82 f. 13 Birgit Gewehr (Hg.): Stolpersteine in Hamburg-Altona. Biographische Spurensuche. Hamburg 2008, S. 30 f. (z.a.: Gewehr 2008). 14 Siehe: Heidrun Kaupen-Haas, Carola Osthaus: „Rassenschande“ beim Landgericht Hamburg. Die Forschung von Hans Robinson. In: Mustergau 1984, S. 93-95. 15 Gewehr 2008, S.31. Die Autor\_innen der SOPADE

erin“, wurde gegen Jacobson eingesetzt: er bekam 15 Jahre Zuchthaus.<sup>15</sup>

Ihre Wohnung in Eppendorf<sup>16</sup> musste die Familie aufgeben. Elsa und Ruth mussten in Zimmern von Judenhäusern unterkommen, während ihr Mann von Gefängnis zu Gefängnis verlegt wurde. 1942, nachdem die Nazis die bürgerliche Existenz der Familie Jacobson ruiniert hatten, musste sie den Weg in die Vernichtung antreten:

Elsa und Ruth wurden am 11. Juli 1942 von Hamburg nach Auschwitz deportiert<sup>17</sup>, Dr. Ernst Jacobson am 10. Dezember 1942 von der Hamburger Justiz an die Polizei übergeben<sup>18</sup>, die ihn mit anderen Kriminalisierten zur Vernichtung nach Auschwitz deportierte.<sup>19</sup>

## V.

Von Walter Benjamin stammt die Feststellung:

„Es ist kein Dokument der Kultur, ohne nicht zugleich ein solches der Barbarei zu sein.“

Wie schnell Kultur in Barbarei umschlagen konnte, lässt sich in der Geschichte der beiden Häuser finden.

Die Menschendes Wohnprojekte Gure Etxea haben sich mit der Geschichte der beiden Häuser auseinandergesetzt und sich auch den barbarischen Fakten gestellt. In der über 150-jährigen Geschichte der Häuser hat die NS-Zeit zeitlich nur zwölf Jahre beansprucht, doch die institutionell und individuell begangenen Untaten bedürfen nicht nur der Erinnerung – sie erfordern auch einen aktiven, demokratischen und solidarischen gesellschaftlichen Gegenentwurf, damit unsere Kultur immun bleibt gegen alle Versuche, sie der Barbarei auszuliefern.

**Errichtung weiterer IGSn in Oldenburg!** OLDENBURG. Die Linke möchte für alle Schülerinnen und Schüler wirklich längeres gemeinsames Lernen bis zum Abitur und setzt auf die individuelle Förderung von Kindern und ihrer Talente. Das Abitur sollen die Kinder in Ruhe bis zur 13. Klasse an einer Gesamtschule absolvieren können. Wir wollen die Überwindung des drei- bzw. zweigliedrigen Schulsystems, in dem Kinder schon nach der 4. Klasse ausgesiebt und in diesem Alter schon nur nach Leistung bewertet werden. Gesamtschulen sind auch weiterhin die einzige Schulform, die Chancengleichheit befördert. Da IGSn auf ein durchlässiges Schulsystem setzen, gibt es an diesen Schulen auch weniger SchulabbrecherInnen und SchulverweigerInnen. An ihnen absolvieren auch ungleich mehr Kinder, gerade aus einkommensschwachen Familien, Arbeiterfamilien und Nicht-Akademiker-Familien, ihr Abitur. Durch die Auszeichnung der Göttinger Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule am Freitag mit dem Deutschen Schulpreis für die „Beste Schule Deutschlands“ 2011 sieht sich die Linke in ihrem bildungspolitischen Konzept bestätigt.

[www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen](http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen)

**Rote schreiben schwarze Zahlen:** BONN. Die Linksfraktion hat sich in den letzten Wochen intensiv mit dem städtischen Haushaltsentwurf befasst. Auf dieser Grundlage hat die Fraktion jetzt umfangreiche Änderungsvorschläge zur Sitzung des Finanzausschusses in der kommenden Woche eingebracht. Dabei schlägt die Linksfraktion vor, alle von der Stadt und der schwarz-grünen Ratsmehrheit geplanten Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich zurück zu nehmen. Zugleich soll die Vebowag nicht über eine Dividendenausschüttung (820 000 Euro p.a.) belastet, sondern durch städtische Unterstützung (2,5 Mio. Euro) zu deutlich mehr sozialem Wohnungsbau befähigt werden. Auch Schulsanierungen sollen stark (3 Mio. Euro) ausgeweitet werden. Die Linksfraktion will auch die Querfinanzierung der SWB (3,5 Mio. Euro) beibehalten, damit der ÖPNV in Bonn zu sozialen Preisen ausgebaut werden kann. Weitere Schwerpunkte sind der Erhalt der Bonner Bäder, zusätzliche Maßnahmen im Bereich Inklusion, Klimaschutz und die Versorgung der Stadt mit Öko-Strom. Diesen Maßnahmen, die den Haushalt der Stadt nicht unerheblich belasten, stellt die Linksfraktion zahlreiche Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung entgegen. Ein Kernpunkt hierbei ist die Ausschöpfung der Einnahmepotenziale durch Einführung einer Bettensteuer (2,4 Mio. Euro) und die Anhebung der Gewerbesteuer (7,3 Mio. Euro). Bei-

des hatte die Fraktion bereits im vergangenen Jahr gefordert – nunmehr hat die Stadt diese Ansätze für 2013 übernommen. Wir schlagen die Umsetzung bereits in 2012 vor. Dabei setzt die Linksfraktion nicht undifferenziert auf Steuererhöhungen. Die Grundsteuer B soll nach Ansicht der Fraktion bereits im kommenden Jahr wieder deutlich um 30-Prozentpunkte (4 Mio. Euro) gesenkt werden, da die Steuer unmittelbar auf die bereits sehr hohen Mieten in Bonn durchschlägt.

[www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen](http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen)

**Schlossbau Herrenhausen ist Fass ohne Boden:** HANNOVER. Angesichts der ausufernden Investitionskosten entpuppt sich der Bau des Schlossmuseums in Herrenhausen für die Stadt als ein Fass ohne Boden. Das Geld fehle für andere kulturelle Einrichtungen und werde dort dringend benötigt, kritisiert Fraktionschef Oliver Förste. „Wir waren von Beginn an gegen den Bau des Schlosses. Die extreme Fixierung auf die Herrenhäuser Gärten, die seit einiger Zeit zu beobachten ist, schadet der gesamten Kulturlandschaft der Stadt.“ Laut einem Zeitungsbericht kommen auf die Stadt neben den schon eingeplanten Geldern von 2,168 Mio. Euro zusätzliche Baukosten in Höhe von 500 000 Euro zu. Neben den happigen Investitionskosten für das Museum bleibt die Stadt auch auf den anschließenden hohen Betriebskosten für Miete, Nebenkosten und Personal sitzen, die sich pro Jahr auf rund 762 000 Euro belaufen. Ursprünglich hatte das Kulturdezernat den Anteil allein für die Personalkosten mit 140 000 Euro angegeben und lag damit gründlich daneben. Jetzt sollen es 470 000 Euro sein. „Auch mit diesem vielen Geld hätte man viele sinnvolle Kulturprojekte unterstützen können“, gibt Oliver Förste zu bedenken.

[www.linksfraktion-hannover.de](http://www.linksfraktion-hannover.de)

**Wie gefährlich ist das Bildungspaket?** MÜNCHEN. Am 9.6. berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ über ein Urteil des Sozialgerichts Frankfurt (AZ: S 26 AS 463/11 ER), das die Übernahme von Nachhilfestunden für einen 16-jährigen Gymnasiasten betraf. Der Jugendliche war in Mathematik im Vorwärtigen gefährdet und bekam daher Nachhilfestunden. Da seine Leistungen sich dadurch nicht verbessert haben, hat das Sozialgericht die Übernahme der Kosten durch das Jobcenter abgelehnt. Die Eltern, die von ALG II leben, blieben somit auf den Kosten in Höhe von 78 Euro pro Monat sitzen. Im Jahr 2007 erhielten laut der Bildungsstudie Deutschland 2007 23% der Schülerinnen und Schüler aktuell Nachhilfe; auf diesem Markt werden jährlich 1,5 Milliarden Euro umgesetzt. Dennoch gibt es keinen wissenschaftlichen Nachweis

dokumentieren sechs ab März 1939 wegen „Rassenschande“ vom Landgericht Hamburg verurteilte Juden. Unter den drei zur Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilten befindet sich Dr. Jacobson (Hier irrtümlich als „Dr. Jacobsen“ aufgeführt). Siehe: IV. Judenverfolgungen (...) b) Judenfeindliche Rechtsprechung (A 98). In: Deutschland-Berichte der SOPADE 6. Jg. 1939, Nr. 7 (Juli 1939), Salzhausen/ Frankfurt/M. 1980, S. 917. 16 Gewehr 2008, S. 30. Zur Eppendorfer Adresse: Björn Eggert: Anton und Hedwig Münden, Beim Andreasbrunnen 3. In: Maria Koser / Sabine Brunotte: Stolpersteine in Hamburg-Eppendorf und Hamburg- Hoheluft-Ost. Biographische Spurensuche. Band 2: M – Z. Hamburg 2010, S. 306-317. 17 Staatarchiv Hamburg (Hg.): Hamburger Jüdische Opfer des Nationalsozialismus. Gedenkbuch. Hamburg 1995, S.192 und Gewehr 2008, S. 169. 18 Siehe: „Abgabe asozialer Justizgefangener an die Polizei – eine unbekannte Vernichtungssaktion der Justiz. Eine Dokumentation. In: Mustergau 1984, S. 21-25. 19 Vgl. Mustergau 1984, S. 22: Am 10. Dezember 1942 wurden 22 Justizgefangene, darunter sog. „Rasseschänder“, nach Auschwitz deportiert. Sehr wahrscheinlich begann dieser Transport wie auch die anderen am Güterbahnhof Altona/Rainweg, wo die Hamburger Justiz ihre Gefangenen mit speziellen Gefangenewagen der Reichsbahn in Gefängnisse und KZ „verschubte“.

darüber, dass Nachhilfe eine positive Wirkung erzielt. Die wenigen vorhandenen Studien ziehen dies eher in Zweifel. In dem einzigen Fall, in dem positive Resultate erzielt wurden, handelte es sich um Einzelunterricht, mithin die teuerste Variante, die auf diesem Markt erhältlich ist. Eine neue Studie für die Europäische Kommission stellt zudem fest, dass in den skandinavischen Ländern, in denen das öffentliche Bildungssystem sehr weit ausgebaut ist, die Nachfrage nach Nachhilfe fast nicht existent ist. Dieser Markt lebt also von den Schwächen der öffentlichen Bildung. [www.dielinke-muenchen-stadtrat.de](http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de)

**Kritik an hoher Grundsteuer-Erhö-  
hung:** NORDERSTEDT. Nach der massiven Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern, die CDU, GALiN und Die Linke in der Mai-Sitzung der Stadtvertretung beschlossen hatten, fordern die Norderstedter Sozialdemokraten jetzt eine Strukturreform und Einsparungen in der „Kernverwaltung“, um weitere Steuererhöhungen auszuschließen und die vorhandenen Ressourcen effektiver einzusetzen. Dabei stellt Katrin Fedrowitz – Vorsitzende der SPD in Norderstedt – klar, dass auch ihre Partei an Steuererhöhungen nicht vorbeigekommen wäre, dabei aber für eine geringere Anhebung der Grundsteuer B, die Wohnungseigentümer- und MieterInnen trifft, eintrat. „Gerade Mieter mit kleinen und mittleren Einkommen“, so Fedrowitz, „zahlen jetzt, wie von CDU, GALiN und Die Linke beschlossen, die Zeche für das Einnahmedefizit der Stadt“. Die Stadtvertretung hatte am 17. Mai unter anderem die Anhebung der Gewerbesteuer von 390 auf 420% und die Erhöhung der Grundsteuer B von 260 auf 410% beschlossen – letzteres ist ein Plus von fast 60%.

[www.infoarchiv-norderstedt.org/](http://www.infoarchiv-norderstedt.org/)

**Kritik an Sonntagsöffnungen berech-  
tigt:** ESSEN. Die Ratsfraktion Die Linke unterstützt die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und anderer nach Einschränkung der verkaufsoffenen Sonntage in Essen. Die vom Rat mit Mehrheit beschlossenen Sonntagsöffnungen haben in diesem Jahr einen Höchststand erreicht. In der Innenstadt wird wieder die gesetzlich mögliche Höchstzahl von derzeit vier Sonntagen ausgeschöpft, obwohl auch der Landtag wieder engere Schranken setzen will. Dazu Gabriele Giesecke, stellvertretende Fraktionsvorsitzende: „Es wurde höchste Zeit, dass die Stadtverwaltung jetzt im Ordnungsausschuss dargestellt hat, dass die Sonntagsöffnungen nicht mit bloßen wirtschaftlichen Interessen oder dem Interesse am ‚Shopping rund um die Uhr‘ begründet werden können. Die Sonn- und Feiertagsruhe ist ein ver-

fassungsrechtlich hohes Gut, es geht schließlich auch um den Schutz der Arbeitnehmerinnen im Einzelhandel, die durch längere Öffnungszeiten in den letzten Jahren ohnehin immer stärker belastet werden. Es wird Zeit, in Essen den Wildwuchs an Sonntagsöffnungen zu stutzen.“ [www.linksfraktion-essen.de](http://www.linksfraktion-essen.de)

**Rheinenergiestadion nicht zum Schleuderpreis verkaufen!** KÖLN. Laut Pressemeldungen möchte der 1. FC Köln das Rheinenergiestadion kaufen. Als Kaufpreis wird mit 60 bis 70 Millionen Euro gerade einmal die Hälfte des tatsächlichen Werts anvisiert. Für die Linke ist dies ein weiterer Versuch des FC in einer langen Reihe, sich auf Kosten der Stadt Köln gesundzustoßen. Fraktionssprecher Jörg Detjen dazu: „Die Profiabteilung des 1. FC Köln ist ein normaler gewerblicher Betrieb. Aber der FC verdient sich schon seit Jahren eine goldene Nase auf Kosten der Stadt. Jetzt will er auch noch das Stadion zum Schleuderpreis kaufen. So geht das nicht! Wir sind nicht generell gegen einen Verkauf, aber der Preis muss stimmen.“ Bei der Planung des Stadions sollte sich der 1. FC Köln zur Hälfte an den Baukosten beteiligen, wurde aber per Ratsbeschluss vom 14.11.2002 aus dieser Verpflichtung entlassen, weil er in finanziellen Schwierigkeiten steckte. Seitdem trägt die Stadt alleine die jährlichen Verluste und das finanzielle Risiko des Stadionbetriebes. Zu diesem Risiko gehört auch ein möglicher Abstieg des FC. Spielt der in der zweiten Liga, so bezahlt er nur etwa die Hälfte der Mietkosten. Felix Schulte, für die Linken im Sportausschuss, ergänzt: „Das Rheinenergiestadion gehört der Stadt Köln. Aber nicht die Stadt bekommt die jährlichen drei Millionen für die Namensrechte am Stadion, sondern der 1. FC Köln. Die Stadt buttert hier sogar noch drei Millionen zu – schließlich ist es die städtische Rheinenergie, die für die Namensrechte bezahlt.“

[www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

**Skandal: Mobilitätsticket kommt nicht!** KIEL. Die Kieler Ratsfraktion Die Linke empfindet es als einen unerhörten Skandal, dass das von ihr geforderte Mobilitätsticket für TransferleistungsempfängerInnen einmal mehr zurückgestellt worden ist. „Im Wahlkampf hat unser Oberbürgermeister auf Abbruch noch versprochen die Mobilität von wirtschaftlich schlecht gestellten Menschen in der Stadt zu verbessern. Dieses Vorhaben ist drängender denn je!“ So der Fraktionsvorsitzende Florian Jansen. „Wie sollen die bedürftigen Menschen die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes wahrnehmen, wenn sie sich nicht in der Stadt bewegen können? Was nützt ein Freizeitpass, wenn man nicht zum Schwimmbad kommt?“

[www.linksfraktion-kiel.de](http://www.linksfraktion-kiel.de)

**„Entlastung der Kommunen durch Grundsicherung ist ein Meilenstein – Gewerbesteuer bleibt unangetastet“** BERLIN. Der Deutsche Städtetag sieht in den Ergebnissen der Gemeindefinanzkommission einen wichtigen Beitrag, den Städten wieder mehr Handlungsspielraum zu verschaffen. Die Städte begrüßen die beabsichtigte Entlastung der Kommunen von den Ausgaben der Grundsicherung im Alter und die Beibehaltung der Gewerbesteuer. Sie hoffen, dass Fortschritte bei der Beteiligung der Kommunen an Gesetzgebungsverfahren des Bundes erzielt werden.

Wegen der nach wie vor großen Finanznot vieler Städte hält der Deutsche Städtetag es für die Zukunft für dringend notwendig, dass die Kommunen nicht mit neuen Ausgaben belastet werden. Zudem müssten sich Bund und Länder weiter mit den Soziallasten der Kommunen auseinandersetzen. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, erklärte zum Abschluss der Beratungen der Gemeindefinanzkommission: „Die drückende Last der Sozialausgaben wird für die Kommunen spürbar verringert, weil der Bund schrittweise die Grundsicherung im Alter in einer Größenordnung von 4 Milliarden Euro übernimmt. Das ist ein Meilenstein angesichts eines Rekordwerts von 42 Milliarden Euro Sozialausgaben im vergangenen Jahr.“ Bund und Länder hätten mit diesem Beschluss gemeinsam die hohen Sozialausgaben als Kernproblem der Kommunalfinanzen anerkannt. Erfreut äußerte sich der Deutsche Städtetag darüber, dass die Gewerbesteuer unangetastet bleibt. „Aus unserer Sicht hat sich bestätigt, dass es keine tragfähige Alternative zur Gewerbesteuer gibt. Darin sind sich die finanzstärkeren und finanzschwächeren Städte einig, sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern“, sagte Articus. Die Gewerbesteuer erhole sich nach der Finanz- und Wirtschaftskrise schnell, in diesem Jahr werde ein Niveau von 38,7 Milliarden Euro erwartet, der bisherige Höchstwert des Jahres 2008 werde voraussichtlich im Jahr 2012 übertroffen. Besonders wichtig ist für die Kommunen auch ihre bessere Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren. „Wir können darauf hoffen, dass in der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien eine Verbesserung der kommunalen Anhörungsrechte verankert wird. Ein solches privilegiertes Anhörungsrecht wäre ein Fortschritt.“ Offen sei, ob der Bundestag dem Votum der Kommission folge, seine Geschäftsordnung entsprechend zu ändern und den Kommunen ein solches besonderes Anhörungsrecht zugestehen wird.

[www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

Zusammenstellung: ulj

# Spartengewerkschaften: „Rette sich wer kann“

„Das politische Ziel der Tarifeinheit ist und bleibt richtig, um die Tarifpolitik zu stärken und die Tarifautonomie sicherzustellen. Der DGB sieht allerdings unter den gegebenen Bedingungen keine Möglichkeit, die Initiative von BDA und DGB weiterzuverfolgen.“

Mit diesem knappen Beschluss setzte der DGB-Bundesvorstand am 7. Juni die Öffentlichkeit davon in Kenntnis, dass er aus der gemeinsamen Initiative mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) zur gesetzlichen Regelung der „Tarifeinheit“ aussteigen wird. Zuvor hatte der Verdi-Gewerkschaftsrat beschlossen, die Initiative von DGB und BDA zur Tarifeinheit nicht weiter zu unterstützen. Es gäbe dafür keine ausreichende Basis unter den Mitgliedern. Damit war die Initiative des DGB faktisch erledigt. Schließlich geht es bei dieser Auseinandersetzung wesentlich um den Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen, also dem Organisationsfeld der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi.

Im Juni 2010 hatten DGB und BDA ihre Vorstellungen für eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit veröffentlicht. Nachdem das Bundesarbeitsgericht den Grundsatz „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ fallengelassen hatte, forderten beide Verbände, dieses Prinzipper Gesetz wieder einzuführen. Nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im Betrieb

sollte gelten. Natürlich waren von Anfang an die Spartengewerkschaften, darunter der Marburger Bund, die Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GdL) und der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) gegen die Initiative von DGB und BDA Sturm gelaufen. Fortwährend erklärten sie, ein Gesetz nütze allein den Arbeitgeberverbänden, die seit Jahren eine gesetzliche Einschränkung des Streikrechts fordern. Aus linken Kreisen und der linken Presse erhielten die Spartengewerkschaften massive Unterstützung. Im Zentrum der Kritik stand der Vorwurf gegen den DGB, gemeinsam mit dem Klassenfeind, den Arbeitgeberverbänden, zu agieren und das in der Verfassung verankerte Koalitionsrecht attackieren zu wollen. Der Vorwurf der Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind in Fragen, wo es um den Abschluss von Tarifverträgen geht, wirft die Frage auf, ob denn nicht auch der Abschluss von Tarifverträgen selbst bereits eine unzulässige Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind darstellt, eine für eine Gewerkschaft bizarre Fragestellung. Der Vorwurf, der DGB grenze mit seinem Vorschlag das Streikrecht der Spartengewerkschaft unzulässig ein, ist in der Fachwelt umstritten. Die Frage, ob die Idee, den Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im Betrieb als den wirksamen zu erklären, dem Koalitionsrecht widerspricht, ist jedenfalls nicht ent-

schieden. Der Justitiar der IG Metall, Thomas Klebe hatte vorgeschlagen, sich dem Risiko einer Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zu stellen.

Neben der juristischen Diskussion sind die gewerkschaftspolitischen Dimensionen der Auseinandersetzung bisher kaum diskutiert. Einige Spartengewerkschaften haben sich in den letzten Jahren zu eigenständigen Tarifakteuren entwickelt. Dazu gehören neben der GdL auch der Marburger Bund und die Vereinigung Cockpit. Weitere wie jüngst die Feuerwehrgewerkschaft werden folgen. Teilweise haben erhebliche Umwälzungsprozesse in den betroffenen Branchen wie Privatisierungen und veränderte Leistungsanforderungen die alten beruflichen Rollenbilder verschwinden lassen. Geringerschätzung löst gesicherten Status und gesellschaftliche Anerkennung ab. Die Großgewerkschaft Verdi ist keine Alternative. Eigenständige Organisation erscheint angesichts der erlebten Enttäuschungen näher zu liegen, so sie denn möglich ist. Aber Vorsicht! Das bewegende Moment dieser Separierungen ist „Rette sich wer kann!“. Die DGB-Gewerkschaften verweisen zu Recht auf die entsolidarisierende Wirkung der neuen Überbietungsstrategien von Spartengewerkschaften. „Rette sich wer kann“ ist eben etwas anderes als „Solidarität“ als gewerkschaftliches Prinzip.

*Bruno Rocker*

## Charta Junge Generation – Arbeit – sicher und fair!

Mit der „Charta Junge Generation“ bestreitet die IG Metall derzeit eine Kampagne zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung steht dabei im Mittelpunkt. Dazufindet am 1. Oktober ein Aktionstag in Köln statt. Die IG Metall beschränkt sich aber nicht nur auf diese und andere tarifliche Forderungen, sondern versucht den Lebens- und Arbeitsperspektiven der jungen Generation mit einem umfangreichen Forderungskatalog an Arbeitgebern, Gesellschaft und Politik gerecht zu werden. Verbunden ist

das mit der Einladung, sich der Charta anzuschließen und sich mit eigenen Themen einzubringen. Eigentlich eine Pflichtaufgabe für die Partei Die Linke, nicht nur wegen der vielen inhaltlichen Übereinstimmungen. Denn die Charta bietet interessante Ansätze, wie z.B. die individuelle Entscheidungsfreiheit zum Maßstab zu nehmen. Wir dokumentieren im Folgenden, sehr stark gekürzt, aus dem „Positionspapier – Charta Junge Generation“ und der Erklärung des IG Metall-Vorstandes. Beide Texte können vollständig unter [www.jungegeneration.de/](http://www.jungegeneration.de/) nachgelesen werden.

*Thorsten Jannoff*

von der Schule in eine berufliche Ausbildung oder in ein Studium und danach in die erste Arbeitsstelle muss gemeistert werden. Es ist eine spannende, eine kreative Lebensphase, in der junge Menschen in besonderem Maß den eigenen Lebensentwurf und die eigene Vorstellung von einem guten Leben entwickeln und die entsprechenden Entscheidungen treffen. Aber Veränderungen, Übergänge und Brüche sind auch Phasen der Unsicherheit und der Risiken. Im letzten Jahrzehnt haben diese Unsicherheiten massiv zugenommen und drohen für viele junge Menschen das positiv Spannende in dieser Zeit des Ausprobierens und Findens zu überlagern durch Existenzängste, erzwungene Entscheidungen und unsichere, keine Perspektiven bietende Jobs. Das Versprechen individueller Entscheidungsfreiheit steht für viele nur auf dem Papier. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat die unsichere Situation der jungen Generation noch

### „Positionspapier – Charta Junge Generation“ und Erklärung des IG Metall-Vorstandes – Auszüge

Junge Generation kennzeichnet eine Lebensphase mit vielen Übergängen und Brüchen. Es stehen wesentliche, das zukünftige Leben prägende, Entscheidungen an. Junge Menschen

ziehen aus dem Elternhaus aus. Sie gründen einen eigenen Haushalt, eine Partnerschaft, eine Familie. Auch das berufliche Leben ist von einschneidenden Übergängen geprägt: Der Wechsel

einmal deutlich gezeigt. Sie ist aber nicht Ursache der Unsicherheiten. Die Probleme haben sich mit anziehender Konjunktur nicht erledigt. Im Gegenteil, der Anteil unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Leistungsverdringung und überlange Arbeitszeiten nehmen im Aufschwung rapide zu. Aus unserem Gesellschaftsverständnis heraus ergibt sich hier akuter Handlungsbedarf. Als Faustformel hat sich für die Junge Generation in der IG Metall eine Altersgrenze von 35 Jahren (U35) als praktikabel erwiesen. Der Großteil unserer Mitglieder hat bis zu diesem Alter den Einstieg ins Berufsleben abgeschlossen. Die Grenze ist aber sowohl individuell als auch thematisch fließend. Beispielsweise sind für immer mehr Beschäftigte prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge, Scheinselbständigkeit und Werkverträge nicht mehr nur in der Berufseinstiegsphase prägend. Und Fragen der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben sind auch für Beschäftigte jenseits der 35 hoch aktuell. Die Themen der Jungen Generation fallen daher nicht nur in die Zuständigkeitsbereiche der Jugend- und Auszubildendenvertretungen und der IG Metall Jugend. Es sind Themen für alle Ebenen der betrieblichen Mitbestimmung und der Gewerkschaftsarbeit. Sie sind eine Aufgabe für die gesamte IG Metall. In diesem Positionspapier gehen wir auf die 5 Schwerpunkte unserer Charta Junge Generation etwas ausführlicher ein. Wir zeigen exemplarisch wichtige Forderungen an die Politik, die Unternehmen aber auch an unser eigenes gewerkschaftliches Handeln auf.

#### Arbeit – sicher und fair

Mit unserer Charta „Junge Generation“ haben wir einen Anfang gemacht. Wir benennen die wesentlichen Herausforderungen, um gute Rahmenbedingungen für die Zukunft



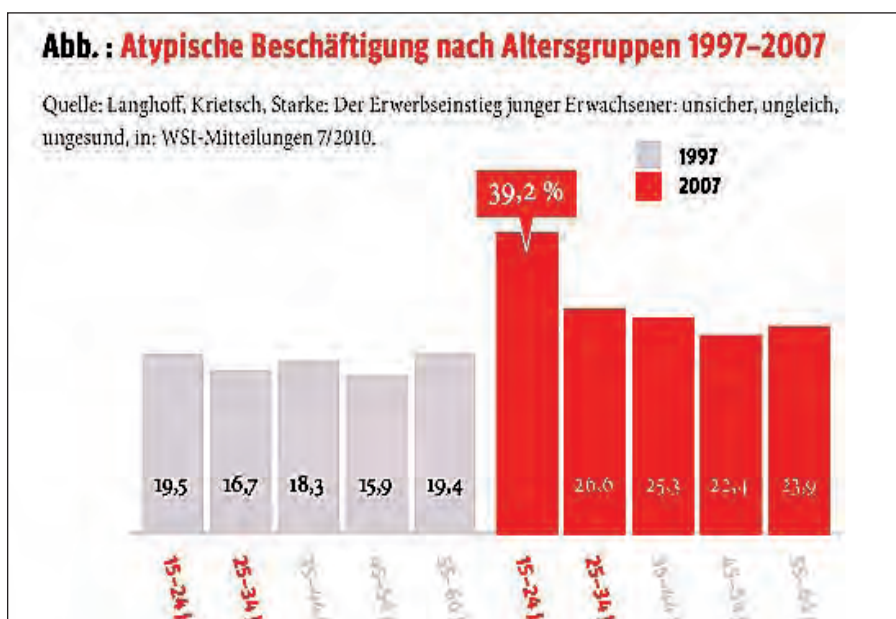
der Jungen Generation zu schaffen. Im Mittelpunkt unseres Handelns steht dabei die Arbeit im weiteren Sinne: der Arbeitsmarkt, die Arbeitsbedingungen, die Verbindung von Arbeit und Leben und selbstverständlich die Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsbedingungen. Wir laden soziale Bewegungen, Kirchen, Vereine und Verbände, Parteien, Unternehmen und ihre Verbände ein, sich unserer Charta anzuschließen und eigene Themen einzubringen.

Arbeit – sicher und fair. Diesem Ziel sind wir als Gewerkschaft besonders verpflichtet. Wir entwickeln gemeinsam mit unseren Betriebsräten innovative Regelungen in den Betrieben und in der Tarifpolitik und setzen diese durch. Das werden wir künftig noch stärker mit dem Ziel tun, die berufliche und persönliche Situation von Berufseinsteigern und Berufseinsteigerinnen sowie von jungen Beschäftigten zu verbessern. Konkret streben wir an:

- in unseren eigenen Gremien und in die Betriebsratsarbeit mehr junge Menschen einzubeziehen und mehr Beteiligungsmöglichkeiten auch außerhalb der etablierten Gremienar-

- beit der IG Metall zu ermöglichen,
- Entfaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten der jungen Beschäftigten in der Arbeitsgestaltung zu sichern und auszubauen, so dass Arbeit mehr als ein Job zur Existenzsicherung ist,
- weitere Besservereinbarungen für Leiharbeit auf betrieblicher Ebene auszuhandeln,
- durch Tarifverträge in unseren Branchen Konditionen und wirksame Mitbestimmungsrechte zur Verhinderung, Begrenzung und Gestaltung von Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen im Entleihbetrieb zu verankern,
- Tarifverträge in der Leiharbeitsbranche durchzusetzen, die gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen absichern (equal pay + equal treatment),
- verstärkt eine ausreichende Anzahl Ausbildungsplätze einzufordern. Diese müssen qualitativ hochwertig sein. Dies gilt auch für die an Bedeutung gewinnenden dualen Studiengänge,
- Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zu Ausbildung, Übernahme und Qualifizierung weiter auszubauen. Jeder junge Mensch muss einen Anspruch auf berufliche Entwicklung haben. Dies ist durch Weiterbildung, Durchlässigkeit der Personalentwicklung und eine entsprechende Arbeitsorganisation in den Betrieben zu gewährleisten,
- die Themen Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Durchlässigkeit des Bildungssystems in den öffentlichen und betrieblichen Debatten zu forcieren,
- die sozialen Sicherungsbedürfnisse der Jungen Generation stärker in den öffentlichen und betrieblichen Diskussionen zu verankern,
- Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten stärker in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zu sichern und mehr betriebliche Lösungen zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Leben auszuhandeln.

*Junge Generation*



# Die falsche Freiheit

Ein Bericht von Robert Andreasch bei [www.aida-archiv.de](http://www.aida-archiv.de), 7.6.11

Am Samstag, 4. Juni 2011, hat sich in Unterhaching der bayerische Landesverband des rechtspopulistischen Sammelbeckens „Die Freiheit“ (DF) offiziell konstituiert. Die Verantwortlichen der oberbayerischen Stadt hatten den antimuslimischen Aktivist\_innen der DF die gemeindeeigene „Hachinga-Halle“ vermietet, die Öffentlichkeit jedoch nicht über das rechte Treffen in Kenntnis gesetzt. a.i.d.a. informiert über die Parteineugründung und ihre Veranstaltung.



Antifaschistischer Protest gegen die DF-Veranstaltung. Foto: Robert Andreasch

## Die falsche Freiheit

Am 29. Oktober 2010 gründete der ehemalige Berliner CDU-Abgeordnete René Stadtkewitz, Vorsitzender des Berliner Landesverbands der antimuslimischen „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE) zusammen mit Marc Doll sowie dem ehemaligen Bundesvorstandsmitglied der „Piratenpartei“, Stefan „Aaron“ König, die Partei „Die Freiheit“. Der CDU-Hinterbänkler Stadtkewitz war bis dahin nur durch eine Kampagne gegen einen Berliner Moscheebau einigermaßen bekannt geworden. Aufmerksamkeit erzielte die DF näher als beispielsweise der österreichischen FPÖ oder dem flämischen „Vlaams Belang“, die von der sonstigen deutschen extremen Rechten gern zum Vorbild genommen werden.

## Mobilisierende Leidenschaften

Inhaltliche Positionen der DF sind nur vage deutlich geworden und oft widersprüchlich geblieben. Der Politikwissenschaftler Fabian Kunow beschrieb die bisher bekannte Agenda der DF als „Mischmasch aus christlich-völkischen Positionen, Law and Order-Vorschlägen, wirtschaftsliberalen Ansätzen, gespickt mit populistischen Allgemeinplätzen“.

Ende April veröffentlichte die DF ihr „Münchner Thesenpapier zur Zuwanderungs- und Integrationspolitik“, für das der Münchner Beamte Christian Jung verantwortlich zeichnet (der im Kreisverwaltungsreferat bis vor Kurzem ausgerechnet für „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ und die Erteilung von „Aufenthaltsgenehmigungen“ zuständig war) und das die bayerischen DF-Aktivist\_innen Simon Zöllner, Robert Seidl, Carola Menneken, Wolfgang Höbl und Tim Homuth ausgearbeitet hatten. In diesem Papier wird der Wunsch nach rassistischer Ausgrenzung und „Ausschaffung“ bzw. „Ausweisung“ überaus deutlich: „Es gibt keine moralische Verpflichtung, wonach Deutschland eine beson-

ders große Anzahl an niedrig qualifizierten Zuwanderern und Wirtschaftsflüchtlingen aufnehmen muss“. Der Europäische Gerichtshof, manchmal letztes Mittel gegen die rassistische Abschottungspolitik Deutschlands, soll abgeschafft werden. Spießer, die den Objekten ihres Hasses gern „arbeiten“ entgegenrufen, dürften sich in den „Thesen“ der DF wiederfinden: „Integrationskurse durch Migranteneinigungen, die kulturell, religiös oder national ausgerichtet sind, sollen vom deutschen Staat nicht mehr gefördert werden. Integration erfolgt primär durch Arbeit (...)“.

Regina Wamper, Wissenschaftlerin am „Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung“ (DISS), brachte in einem Artikel in der aktuellen Ausgabe des „Antifaschistischen Infoblatts“ (AIB) prägnant die inhaltliche Widersprüchlichkeit der rechtspopulistischen Partei einerseits und deren Konzentration auf die Chiffre „Islam“ andererseits auf den Punkt:

„Es geht weniger um die Kohärenz extrem rechter Ideologien, als um das, was der Faschismusforscher Robert O. Paxton im Bezug auf den historischen Faschismus als ‚mobilisierende Leidenschaften‘ bezeichnete. Als mobilisierend gilt manchen Rechten momentan der antimuslimische Rassismus offenbar mehr als der Antisemitismus. Der Islam wird dabei als weltumspannende, universelle Bedrohung inszeniert und mit einigen Topoi aufgeladen, die zuvor in Zusammenhang mit dem europäischen Antisemitismus bekannt wurden. Er gilt als strategisch infiltrierend, als völkische Einheit zerstörend, als machtvoll und universalistisch. Dass die Feindbildproduktion gegen den Islam durchaus geeignet ist, rassistische Stimmungen weit über die Rechte hinaus zu produzieren, haben nicht zuletzt die Plebiszite in der Schweiz gezeigt.“

## „Direkte Demokratie“

Überraschend mag bei oberflächlicher Betrachtung erscheinen, dass sich die Aktivist\_innen der DF von „Extremisten“ verbal abgrenzen und sich die Funktionäre keineswegs als Demokratiegegner, sondern als „volksnahe“ Kritiker inszenieren und, da die Bun-

desrepublik Deutschland ihnen noch nicht demokratisch genug erscheint, mehr Elemente direkter Demokratie (zum Beispiel Plebiszite) einfordern.

Ein Blick in die Geschichte faschistischer Gruppierungen, darauf wies der Politikwissenschaftler Thomas Wagner in einem 2009 erschienen, vielbeachteten Artikel hin, zeigt jedoch: „Die verhaßte Weimarer Republik bewerteten schon manche Autoren der sogenannten Konservativen Revolution nicht etwa als zu demokratisch, sondern als nicht demokratisch genug“, sie stellten sich zum Teil „weniger als Feinde der Demokratie denn als Verfechter ihrer ‚wahren‘ Prinzipien dar“. Der faschistische Staatsrechtler Carl Schmitt schrieb von einer „nicht nur im technischen, sondern auch im vitalen Sinne unmittelbaren Demokratie“ und definierte „Demokratie“ so, wie es sich heute bei „Die Freiheit“, NPD & Co. anhört: „Demokratie (als Staatsform wie als Regierungs- oder Gesetzgebungsform) ist Identität von Herrscher und Beherrschten, Regierenden und Regierten, Befehlenden und Gehorchenden.“

Thomas Wagner erklärte somit, warum rechtspopulistische und neonazistische Parteien gern „mehr Demokratie“ einfordern: „Das Parlament, Parteien, Gewerkschaften oder andere Organisationen sind in dieser Perspektive Störfaktoren, die der angestrebten Einheit von Volk und Regierung nur im Wege stehen (...) Die basisdemokratische Rhetorik der Rechten entpuppt sich bei näherem Hinsehen nicht als egalitäres Projekt, sondern als pure Demagogie“.

## Größen- und Verfolgungswahn

Der Politikwissenschaftler Kurt Lenk hat 1998 in seinem Aufsatz „Ideengeschichtliche Dimension rechtsextremen Denkens“ eben jene Gedankenwelt durch die Kernelemente „Größen- und Verfolgungswahn“ beschrieben. Die Aktivist\_innen der DF aus München steigerten sich im Vorfeld ihrer Landesverbandsgründung geradezu idealtypisch in eine hemmungslose Selbstüberschätzung hinein: „Ein großes Ereignis wirft seine Schatten voraus“, lobten sie sich in Artikeln im rassistischen Weblog „Politically Incorrect“

selbst und bezeichneten das abgeschotetete Treffen am Unterhachinger Freibad, noch bevor es überhaupt stattgefunden hatte, schon als „beispielloses Ereignis in der politischen Geschichte dieser Republik“.

Das Treffen der gerade einmal 54 bayerischen Vollmitglieder und einzelner Interessent\_innen der hochtrabend „Die Freiheit“ genannten Kleinstpartei erinnerte auch in der Durchführung durchaus an Aktionen der extrem rechten Szene: Wochelang wurde zwar reichlich Wirbel um die Veranstaltung gemacht, die angeblich in München stattfinden sollte, der Versammlungsort jedoch geheimniskrämerisch verschwiegen. Erst wenige Stunden vor Beginn und dies auch nur einem ausgewählten Kreis gegenüber wurde die Tagungslokalität bekannt gegeben: Unterhaching im südlichen Landkreis München. Der DF-„Pressebeauftragte“ Michael Stürzenberger (München) fürchtete dazu eine möglicherweise kritische Medienberichterstattung und verweigerte einem unter anderem für den Bayerischen Rundfunk arbeitenden Journalisten die Presseakkreditierung. Stürzenberger ist dabei in „guter Gesellschaft“, zuletzt hatte NPD-Pressesprecher Klaus Beier jenen Journalisten nicht vom NPD-Bundesparteitag in Bamberg berichten lassen.

### Die „Herrschaften der falschen Freiheit“

Unter dem Motto „Gegen die Herrschaften der falschen Freiheit“ hatte die Münchner Antifa NT „alle Antirassist\_innen“ dazu aufgerufen, „gegen diese rassistische Parteigründungsveranstaltung zu protestieren“. Auch an der Reaktion der Rechtspopulist\_innen auf die mehreren Dutzend autonomen Antifaschist\_innen, die schließlich vor der „Hachinga-Halle“ demonstrierten, zeigte sich, aus wel-

cher politischer Ecke bei der „Freiheit“ der Wind weht.

DF-Aktivist Alexander D. zog über den „linken Bazillus“ und über „ungewaschene Haare“ vom Leder, schließlich verglich er die Antifas mit dem „EHEC-Erreger“.

In der Halle nahm ab 14.15 Uhr der fünfköpfige „Freiheit“-Bundesvorstand auf der Bühne Platz, neben René Stadtkewitz, Marc Doll, Yorck-Axel Mayer und Felix Strüning war auch der Berliner Karl Schmitt darunter, der vor wenigen Tagen noch die neonazistische NPD als „im demokratischen Spektrum“ liegend verortete und auf seiner Homepage ein rassistisches „Lied“ präsentierte:

„100 000 kleine Erdbewohner füllten Anträge aus / doch eins war klar, sie blieben dort und wollten nie mehr raus. 1 Million Erdbewohner hatten kaum etwas zu tun / und mit dem Geld vom fremden Staat, da ließ sich ganz gut ruh'n. 100 Millionen Erdbewohner saßen noch in ihren Ländern / doch hatten Sie auch Hoffnung jetzt, dass ließ sich schließlich ändern“

Vor der Bühne nahmen die Mitglieder und sonstigen Interessent\_innen Platz: Der DF-„Landesbeauftragte“ Christian Jung (München) betonte in seiner Begrüßungsrede, dass CSU-Mitglieder, „denen Parteiausschlussverfahren drohen“, unter den im Saal versammelten DF-Aktivist\_innen seien: „Wir haben auch einige Helfer aus der CSU da“. Die meisten der Anwesenden entstammten jedoch den Kreisen der Münchner Aktivist\_innen rund um das rassistische PI-Blog oder die „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE): Neben PI-Stammautor Michael Stürzenberger, der einst im Kreisverband München-West für die CSU aktiv war und PI-Stammfotograf Roland Heinrich waren auch Manfred und Christa Schwaller, führende Aktivist\_innen

bei PI und der „Bürgerbewegung Pax Europa“ in München darunter. Florian Euring, BPE-Flugblattverteiler und Stürzenberger zufolge als Administrator beim rassistischen PI-Blog tätig, bewachte die Eingangstür der „Hachinga-Halle“.

### Stehende Ovationen für Rassismus

Als Hauptredner hatte die DF den Schweizer SVP-Funktionär Oskar Freysinger eingeladen, zu dem Christian Jung, Michael Stürzenberger und Ludwig Lagleder von der DF-„Jugendorganisation“ „Generation Zukunft“ seit längerem enge Kontakte pflegen. Freysinger, der mangels Geld bei der lokalen DF für seine Flugkosten nach München selber aufkommen musste, berichtete von der erfolgreichen Anti-Minarett-Initiative in der Schweiz, an der er führend beteiligt war. In seine Rede hatte er gängige extrem rechte Standardphrasen eingeflochten, von den „Andersgearteten, Fremden“ und der angeblichen Notwendigkeit geschlossener Grenzen („Der menschliche Körper ist auch durch eine Haut geschützt“) über „EU-Bürokraten“, „Multi-Kulti“ („zerstört die Seele [...] der Völker“) bis zu den „wohl umerzogenen EU-Bürgern“.

Am Schluss seiner Ansprache, für die es von allen „Freiheit“-Aktivist\_innen im Saal stehende Ovationen gab, trug Freysinger noch ein Gedicht mit dem Titel „Reiner Wahnsinn“ vor. Die neue Rechts-Partei DF hat in ihrer mittlerweile im Internet veröffentlichten Transkription des Freysinger-Auftritts interessanterweise genau diese Passagen weggelassen. a.i.d.a. dokumentiert daher ungekürzt die deutlichen rassistischen und antisemitischen Ausfälle des Schweizer SVP-Funktionärs:

„Die Grenze störte ihn nicht sehr, denn da war keine Grenze mehr. Ihn kümmerte, ganz ohne Geiz, der liebe Wohlstand in der Schweiz. Da

## Ermessensentscheidungen am rechten Rand – Ausländerbehördenmitarbeiter wird Landesvorsitzender der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“

Am Samstag, den 4. Juni 2011 gründete sich der bayerische Landesverband der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ in Unterhaching bei München. Die Partei versucht sich vor allem mit anti-islamischem Populismus am rechten Rand jenseits der CSU/CDU zu etablieren. Besonders pikant: Der neue Vorsitzende des bayerischen Landesverbands, Christian Jung, war bis vor kurzem in der Ausländerabteilung des Kreisverwaltungsreferats München beschäftigt. Christian Jung, gegenwärtig krankgeschrieben (wobei die Frage offen bleibt, wie er trotz seiner angeblichen Erkrankung an der Gründung des Landesverbandes mitwirken konnte), wird in Zukunft aller Voraussicht nach wohl nicht mehr in der Ausländerab-

teilung beschäftigt werden. Allerdings ist zu befürchten, dass seine politische Überzeugung Einfluss auf seine Tätigkeit beim KVR hatte. Ob er hierbei den rechtlich möglichen Rahmen überschritten hat, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt unklar. Dass er allerdings seinen behördeninternen Handlungsspielraum im Regelfall kaum zu Gunsten der Betroffenen genutzt haben dürfte, liegt auf der Hand. Dafür spricht auch das Münchner Thesenpapier zur Zuwanderungs- und Integrationspolitik<sup>1</sup>, welches von Christian Jung maßgeblich mitverfasst wurde. In diesem heißt es u.a. bezugnehmend auf die Bleiberechtsregelungen: „Somit gesteht man einem Rechtsbrecher, der sich nicht an die deutschen Einreise- und Auf-

enthaltsbestimmungen gehalten hat, eine Belohnung für sein rechtswidriges Verhalten zu“.

Matthias Weinzierl vom Bayerischen Flüchtlingsrat: „Wenn man in einer Ausländerbehörde einen offensichtlich rechtspopulistischen Mitarbeiter über Flüchtlingsschicksale entscheiden lässt, macht man den Bock zum Gärtner“. Der Bayerische Flüchtlingsrat fordert die nachträgliche Überprüfung sämtlicher von Christian Jung bearbeiteten Fälle durch externe ExpertInnen und gegebenenfalls die Möglichkeit der Wiedereinreise für die von Abschiebung betroffenen Personen. Weiterhin muss sichergestellt werden, dass Christian Jung in Zukunft nicht mehr in der der Ausländerabteilung des KVR arbeiten wird.

1 <http://www.diefreiheit.org/wp-content/uploads/DIE-FREIHEIT-Muenchner-Thesen-Auslaenderrecht-2011.pdf>

<http://www.fluechtlingsrat-bayern.de,7.6.11>



Oskar Freysinger (SVP) in Unterhaching.  
Foto: Robert Andreasch

konnte man Geschäfte machen / Und sich dabei  
ins Fäustchen lachen, denn war man mal im  
Lande drin / war jedes Risiko dahin.

So ging er denn von Haus zu Haus / und raubte  
fleissig alles aus, und wollte er einmal verschnau-  
fen / sah man ihn Heroin verkaufen. Zwar kam er  
mehrmals in den Knast, doch nahm er meistens,  
ohne Hast, jede Verlängerung gern an, weil man  
im Knast so vieles kann: Man wird gefüttert und  
macht Sport / sieht Filme an in einem fort, liegt  
ständig auf der faulen Haut / und kriegt allwö-  
chentlich 'ne Braut. Was soll die Freiheit in der  
Ferne, im Schweizer Knast bleibt jeder gerne, da  
wird viel Koscheres serviert / und jede Herkunft  
respektiert.

Dem Bürger liegt's zwar auf dem Magen, doch  
der hat dazu nichts zu sagen, ein importierter Bö-  
sewicht / ist ständig Sieger beim Gericht. Drum  
blieb der Kerl im Knaste hocken. In Unterhemd  
und groben Socken / graste er listig und sozial  
/ unsere Bundeskasse kahl. Und als man ihn  
ausschaffen wollte, ei, wie da jeder Gutmensch  
grollte: man mache schwarze / Schafe schlecht  
/ das sei doch gegen Menschenrecht. So heulte  
alles kreuz und quer. Der Gangster sei kein  
Gangster mehr, sondern ein Opfer der Rassisten,  
man solle lieber DIE ausmisten.

Ein Gegenvorschlag kam zustande / und kor-  
rigierte diese Schande, mit ihm wirft man gar  
keinen raus, denn jeder ist bei uns zu Haus. Drum  
geht man wie beim Wolfe vor, der auch hier sein  
Revier erkor: Man stellt ihn, weil er zu nichts Nutz,  
ganz einfach unter Artenschutz. Die Moral davon:  
Nur wer Verbrecher schonen tut / Fühlt sich als  
Gutmensch wirklich gut! Drum seid wie ich ein  
Bösewicht / Und unterstützt die Dummheit nicht:  
Wollt ihr in Zukunft sicher sein, heisst es beim  
Gegenvorschlag: Nein!"

## Die Feindbilder des René Stadtkewitz

„Es war herrlich, Dir zuzuhören“ freu-  
te sich im Anschluß René Stadtkewitz  
(Berlin) am Mikrofon über die rassisti-  
schen Töne Oskar Freysingers. Stadt-  
kewitz, der Bundesvorsitzende des  
rechtspopulistischen Parteiprojekts  
„Die Freiheit“, ist alles andere als eine  
charismatische Figur à la Jörg Haider.  
Er wirkte sogar erstaunlich zögerlich  
und unsicher, als er dem Publikum  
einen zukünftigen Einzug seiner neu-  
en Partei in den deutschen Bundestag  
prophezeien wollte.

Doch schnell begab sich Stadtkewitz  
auf das sicherere Terrain der rechtspo-  
pulistischen Standards und legte in

einer recht kurzen Ansprache gegen  
seine Feindbilder los: Diese seien zum  
einen Antifaschist\_innen („Verrück-  
te“) und Politiker wie Christian Ude  
(„dumme[r] Oberbürgermeister“), zum  
anderen der Islam, der „keine De-  
mokratie und keine Freiheit“ zulas-  
se. „Wenn wir heute in unsere Städ-  
te schauen“, drehte Stadtkewitz auf,  
„dem längst unkontrollierbaren Le-  
ben, was sich jeder Rechtsstaatlichkeit  
entzogen hat, was wir in verschiedenen  
Ghettos unserer Städte heute schon  
sehen. Da gilt in vielen Gebieten die  
Scharia“. In klassisch extrem rechter  
Manier sah Stadtkewitz die Schuldigen  
in den „Parlamenten“, in denen  
„soviel gefaselt fernab von der Rea-  
lität“ würde. Dem folgte die übliche  
rechtspopulistische Politikerschelte  
garniert mit antimuslimischem Ras-  
sismus: „Weil diese Politiker zulassen,  
wie dieser Münchner Bürgermeister,  
und andere und noch viel mehr, dass  
Islamverbände aus aller Welt sich in  
unserem Land einnisten“. Deutlich  
wurde erneut, dass sich Stadtkewitz  
auf Elemente direkter Demokratie be-  
zieht, um eine autoritärere Politik zu  
legitimieren: „Geben wir dem Volk die  
Macht zurück, die machen's besser als  
jeder dumme Oberbürgermeister einer  
Stadt wie hier in München.“

## Das Personal der bayerischen DF

In der eigenen Partei ging es nach den  
zwei Reden eher weniger demokratisch  
weiter. Eine „Mandatsprüfungskom-  
mission“ schrieb schnell noch ein paar  
Listen zusammen, der Bundesvorstand  
nahm per „Entscheid“ kurzfristig In-  
teressent\_innen als Vollmitglieder in  
die Partei auf und nach einigem Hin  
und Her fand Stadtkewitz auch eine  
„Zählkommission“ für die anstehen-  
den Vorstandswahlen. Als noch ein  
Aktivist Satzungsänderungen bean-  
tragte, wiesen Stadtkewitz und Jung  
unmissverständlich darauf hin, es läge  
an den Versammelten, wie schnell man  
nun zur Kaffeepause schreiten könne  
– alle Satzungsänderungsanträge wur-  
den ohne Diskussion abgeschmettert.

Gegenkandidat\_innen für die ein-  
zelnen Posten des Landesvorstandes  
gab es bei der jungen Partei, die sich  
doch die „Demokratie“ so auf die Fah-  
ne geschrieben hat, jeweils keine. Die  
Münchner Aktivist\_innen der DF hat-  
ten offenbar den Großteil an Pöstchen  
und Kandidaturen schon vorher un-  
ter sich abgesprochen: Als bayerischer  
Landesvorsitzender der DF wurde  
Christian Jung gewählt, sein Stell-  
vertreter ist Stefan Behrendt, Rechts-  
pfleger bei der Staatsanwaltschaft  
München II. Der 28-Jährige Münch-  
ner Buchhändler Tim Homuth ist ab  
jetzt Generalsekretär, Wolfgang Hößl  
(ebenfalls München) Schatzmeister,  
Birgit Stöger (Augsburg) Schriftfüh-  
rerin. Michael Stürzenberger, Bettina

Blohm (München) und Ralf Uhlemann  
(Türkenfeld) wurden in den Beirat ge-  
wählt.

Derzeit befinden sich Stadtkewitz  
und Co. auf einer Tour durch Deutsch-  
land, um weitere Landesverbände zu  
gründen. Das Hauptaugenmerk dürfte  
bei der DF in den nächsten Monaten je-  
doch auf dem Wahlantritt bei der Ber-  
liner Abgeordnetenhauswahl am 18.  
September 2011 liegen. Im Herbst soll,  
nach a.i.d.a. vorliegenden Informati-  
onen in Kiel, der erste große Bundes-  
parteitag der DF durchgeführt werden.

## Hat die DF eine Chance?

Noch fehlt es der DF an allem: an einer  
charismatischen Figur, einer größeren  
Mitgliederschaft, an Geld und einer  
öffentlichen Berichterstattung. Ernst-  
hafte Wahlkämpfe dürften mit dem  
derzeitigen Mitgliederstamm nicht zu  
betreiben sein. In der Heterogenität der  
in der DF vertretenen Forderungen  
liegt zudem reichlich inneres Spalt-  
potenzial.

Angesichts der weit verbreiteten  
extrem rechten Einstellungsmuster  
„in der Mitte der Gesellschaft“ so-  
wie dem großen Anteil des Wähler-  
spektrums, der sich Umfragen zufolge  
vorstellen könnte, eine „Sarrazin-Par-  
tei“ zu wählen, darf die Gefahr der  
rechtspopulistischen Splittergruppen  
jedoch keinesfalls unterschätzt wer-  
den, vor allem nicht im Hinblick auf die  
Berliner Wahl zu den Bezirksverordne-  
tenversammlungen im Herbst oder die  
Kommunalwahl in München im Jahr  
2014. Zur Erinnerung: Schon einmal  
hatte eine rechtspopulistische Partei  
(„Schill-Partei“, Hamburg 2001) das  
rassistisch-spießbürgerliche Potenzial  
ausschöpfen und mit 19,4 Prozent der  
Stimmen in ein Parlament einziehen  
können.

[www.aida-archiv.de](http://www.aida-archiv.de)



Zum DF-Landesvorsitzenden in Bayern gewählt:  
Christian Jung. Foto: Robert Andreasch

# Die Linke und DIE LINKE

Es ist auch in dieser Zeitschrift in den letzten Jahren in verschiedenen Beiträgen unterstrichen worden, dass die Partei die LINKE aus dem Wahlerfolg geboren wurde, aber das ist nur ein Teil der Geschichte, der andere handelt von den Verusterfahrungen, die bei den Gründungsparteien dem Erfolg vorausgingen. Die Abkürzung WASG steht für „Wahlalternative soziale Gerechtigkeit“. Diese Initiative überwiegend mit der Sozialdemokratie verbundener, im gewerkschaftlichen Bereich engagierten Linker war eine Antwort auf den Ausfall der SPD als parlamentarischen Ansprechpartner. Auch die PDS, obwohl in den Ostlandtagen und -kommunen gut vertreten, hatte bei den Bundestagswahlen 2002 die Fünf-Prozent-Hürde verfehlt, sie verlor damit die Position, von der aus spezifische Interessen der Ostländer zur Geltung gebracht werden und strategische Alternativen zur Debatte gestellt werden konnten; die PDS erlebte dies als Existenzbedrohung. Beide Parteiorganisationen konnten die politischen Interessen und Erwartungen, die ihre Existenz begründeten, ohne Präsenz im Bundestag nicht bedienen. So kam es zum Fusionsprozess.

In der letzten Ausgabe der „Politischen Berichte“ beschrieb Harald Pätzolt die soziale Konstellation, die Diskrepanz zwischen den sozialen Problemlagen und den politischen Antworten, die das von Union, FDP, SPD und Grünen dominierte Parteiensystem bereithielt. In diesem Niemandsland der politischen Repräsentation stellte sich die fusionierte LINKE zur Bundestagswahl, sie erzielte 11,9 Prozent, mit diesem Potential konnte die neue Partei im Bund, in Europa, in allen Bundesländern und mindestens im urbanen Raum auch in den Gemeinden Platz nehmen. Ein Umschlag von Quantität in Qualität war eingetreten, eine neue Konstellation im Parteiensystem gegeben.

Ein solches Wahlergebnis verändert nicht nur die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten. Im verästelten Geflecht der gesellschaftlichen Diskurse verschieben sich Geltung und Gewicht von Argumenten. Was man vorher als Genörgel abtat, gilt jetzt als Kritik, was als anmaßend und Anspruchsdenken verrufen war, als verhandelbare Forderung. Weil das Leben in der modernen reifen Industriegesellschaft zu einem Gutteil durch Verhandlungen geprägt wird, hat ein solches Wahlergebnis Wirkungen im Alltag: Argumente, die im weitesten Sinne als „links“ verortet werden, werden gewichtiger. Entscheidend für diesen Effekt ist die Dynamik der Entwicklung. Er wirkt, solange das Wachstum andauert.

In der monatlichen Wahlumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach

(FAZ, 22.6.) werden für die LINKE die folgenden Werte ausgewiesen:

|        | Wahlergebnis<br>Sept. 2009 | Sonntagsfrage<br>(Mitte Mai 2011) |
|--------|----------------------------|-----------------------------------|
| Gesamt | 11,9%                      | 7,0%                              |
| West   | 8,3%                       | 4,0%                              |
| Ost    | 28,6%                      | 22,0%                             |

Diese Werte erzeugen den Eindruck, dass der Partei gegenwärtig – anders als im September 2009 – die Perspektive einer Landespartei in den Flächenstaaten Westdeutschlands abgeht. Diesen Eindruck verfestigen noch die realen Wahlniederlagen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Es kommt zu einer Umkehrung. Hatte vorher die Linke Vorteile vom Wahlerfolg der LINKEN, so wird die negative Entwicklung der Wahlerwartungen der LINKEN zur Last für die Linke. Das ganze Repertoire der politischen Distanzbildung wird aufgeführt. Dass die politischen Wettbewerber Öl ins Feuer gießen, versteht sich von selbst.

Es muss unterstrichen werden, dass die oben genannten Zahlen auf Meinungsbildungsprozesse in der Bevölkerung zurückgehen. Die Partei die LINKE erscheint in diesen Zahlen bloß als Objekt – wessen? Nun, einer Linken, die auf Distanz geht. Eine gewisse Rolle dabei spielt natürlich, dass die LINKE als Parteiorganisation und Bundestagsfraktion die im Parteiensystem entstandene Leerstelle nicht gerade begeisternd ausgefüllt hat. Aber hier muss man realistisch sein. Die dazu erforderlich Konstruktionsleistung braucht Zeit, sie erfordert Anstrengung und Erfahrung, sie braucht also viel, in Jahren zu messende Zeit.

Parteien wirken an der politischen Willensbildung bloß mit. Sie machen das Wetter nicht. Das politische Klima bildet sich in Diskursen. Die Schwäche der LINKEN hat, diese These soll hier riskiert werden, auch mit Defiziten des linken Diskurszusammenhangs zu tun. Dieser Diskurszusammenhang kennt klassifizierbare Interessen, nimmt an, dass Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist und sieht den politischen Kampf neben und außerhalb des parlamentarischen Geschäftsgangs, für den seit Marx und Engels viele unschöne Bezeichnungen gefunden wurden. Die politisch kämpfende Linke hat, das kann man für den Westen der BRD wohl schon behaupten, ein Verhältnis zu den parlamentarischen Möglichkeiten nicht gefunden. Die politischen Mehrheiten zählen für sie weniger als Gestaltungsmehrheiten, sie werden als Randbedingung des eigentlich entscheidenden Kampfes bewertet. Dabei handelt es sich keineswegs nur um eine Haltung der radikalen Linken. Einen guten Beleg dafür bietet die Arbeitsgesetzgebung, bei der jahrzehntelang die Bedeutung der gesetzlichen Grenzen unterbewertet blieb.

Im Kampf, so lautet das feste Vorur-

teil, werden die wahren Ziele erhoben, im Verhandeln werden davon, entsprechend den Kräfteverhältnissen, die sich im Kampf herausgestellt haben, Abstriche gemacht. – In dieser Sichtweise erscheinen Parlamente und Organe der Selbstverwaltung als ein Ort, an dem man im Grunde nur verlieren kann. Problematisch an dieser Haltung ist nicht, dass sie auf die spezifischen Gefahren parlamentarischer Politik hinweist, problematisch ist, dass sie für die spezifischen Chancen und Erfordernisse dieser Arbeit blind wird.

Ein aktuelles Beispiel bietet die Kontroverse um die Zukunft des Nahen Ostens, insbesondere die Beziehung zwischen Israel und den Palästinensern. Schon vor Jahren wurde die bundesdeutsche Linke von dem Drang erfasst, sich entweder unter der Fahne der um staatliche Selbstbestimmung kämpfenden Palästinenser zu sammeln oder unter der Fahne Israels, als Staat der Juden. An dieser Front herrscht in der Tat Kampf, ja sogar Krieg, und man kann sich unmöglich mit beiden Parteien als kämpfenden identifizieren. Da beide Seiten gute Gründe für ihre Sache anführen können, zieht der Konflikt Kreise. Auch in diesem Falle wäre etwas zu gewinnen, wenn man den Konflikt nicht als Kampf zwischen zwei Parteien betrachten würde, was er ist, sondern als Problem der Außenpolitik der BRD, was er auch ist. Es ist ja durchaus möglich, eine außenpolitische Strategie der BRD zu diesem Konflikt zu formulieren. Das Stichwort lautet Zwei-Staaten-Lösung. Aber die Formulierung einer solchen außenpolitischen Strategie bricht die Haltung der unmittelbaren Identifikation mit einer der kämpfenden Parteien. Sie setzt sie vielmehr unter Rechtfertigungsdruck. Warum wird das Existenzrecht Israels nicht anerkannt? Warum dauert die Siedlungstätigkeit an?

Es muss nochmals unterstrichen werden, dass die Kontroverse Solidarität mit Israel / Solidarität mit den Palästinensern keineswegs Ausgeburt parteiinterner Streitigkeiten der LINKEN gewesen ist, sondern in linken Bewegungen entstand, die sich an den kämpfenden Parteien orientierten. Eine solche Orientierung ist im parlamentarischen Raum nicht möglich. Es wird ja wohl niemand wollen, dass der BRD-Staat in das Kampfgeschehen auf der einen oder anderen Seite eintritt. Als parlamentarische Partei muss die LINKE sagen, was die Regierung der BRD tun und lassen soll. Dieser Herausforderung muss sich auch die Linke stellen. Angesichts des Bedeutungsverlustes, den Wahlergebnissen und Umfragedaten für die LINKE und die Linken ausweisen, bietet die Programmdiskussion der LINKEN eine Chance, politische Positionen zu entwickeln, die im Stress-test parlamentarischer Beanspruchung gewachsen sind. *Martin Fochler*

Dokumentiert wird nachstehend die Erklärung des forum demokratischer sozialismus zur Antisemitismus-Debatte innerhalb der Linken, die vom Bundestreffen verabschiedet wurde. – Eine möglichst weite Verbreitung dieses Textes, der auch auf der fds-Webseite dokumentiert ist, wünscht sich Benjamin Hoff ([benjamin.hoff@forum-ds.de](mailto:benjamin.hoff@forum-ds.de))

# Erklärung des forum demokratischer sozialismus zur Antisemitismus-Debatte innerhalb der LINKEN

## Beschluss des fds-Bundestreffens am 19. Juni 2011 in Lichtenfels/Franken

1. Das fds sieht es aus Verantwortung vor der deutschen Geschichte als eine vordringliche Aufgabe der Linken an, Leben, Existenz und Fortentwicklung des jüdischen Volkes zu schützen. Die Gründung und das Bestehen eines eigenen Staates ist ein wichtiger Bestandteil dieses Schutzes und wird von uns uneingeschränkt anerkannt und verteidigt.

2. Das fds versteht sich als Teil einer libertär-sozialistischen Strömung, die zum Ziel hat, die nationalstaatliche Organisation der Gesellschaften zu überwinden. Dies findet jedoch dort seine Grenzen, wo Nationalstaaten dem Schutz von Teilgesellschaften dienen. Dies trifft in besonderer Weise auf den Konflikt zwischen Juden und Palästinensern zu. Die Forderung nach bzw. Orientierung auf einen gemeinsamen Staat von Juden und Palästinensern, die Einstaatenlösung, setzt die Auflösung des Staates Israel voraus, und damit die Zerstörung des geschichtlich bisher einzigen Schutzes für die Existenz des jüdischen Volkes. Das fds ist nicht bereit, die Existenz Israels als eine nur vorübergehende anzusehen.

3. Das fds unterstützt uneingeschränkt das Recht des palästinensischen Volkes auf Gründung eines eigenen Staates, orientiert an den Grenzen von 1967. Das fds ist nicht bereit, dieses Recht von der Zustimmung Israels abhängig zu machen. Das fds unterstützt deshalb die Forderung der palästinensischen Seite nach einer vollständigen Räumung der 1967 besetzten Gebiete durch Israel bzw. einem einvernehmlichen Landtausch. Die UNO hat mit dem Teilungsplan von 1947 sowohl das Selbstbestimmungsrecht der Juden wie auch der Palästinenser, verbunden mit dem Recht auf einen eigenen Staat anerkannt.

4. In einem Konflikt mit einem starken und einem schwachen Kontrahenten sieht die Linke naturgemäß ihren Platz an der Seite der Schwachen. Dies ist der eigentliche Grund, nicht der Antisemitismus, der einen großen Teil der Linken zu einseitigen Unterstützern der Sache der Palästinenser macht. Ausgeblendet wird dabei jedoch häufig, dass Israel und das jüdische Volk trotz seiner (scheinbaren)

Stärke nach wie vor eines besonderen Schutzes bedürfen. Bis heute haben mit Ägypten und Jordanien nur zwei der arabischen Nachbarstaaten einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen. Wir warnen davor, zu glauben bzw. glauben zu machen, dass die Existenz des israelischen Volkes, jüdischen Lebens ohne den Staat Israel gesichert wäre. Hiergegen sprechen alle geschichtlichen Erfahrungen, denn neben dem deutschen und europäischen Antisemitismus gibt es diesen ebenso ausgeprägt unter den arabischen Völkern. Wer aber die Zerstörung des Staates Israel in Kauf nimmt oder betreibt, um der palästinensischen Sache zum Recht zu verhelfen, muss wissen, dass das Ergebnis geschichtlich in einer Reihe mit Judenverfolgungen und Pogromen stehen wird.

5. Dieser Konflikt hat aber ebenso die Seite einer staatlichen Macht Israel, die palästinensisches Leben in den 1967 militärisch eroberten Gebieten gar nicht oder nur eingeschränkt zulässt und zulassen will. Israel produziert tagtäglich die Gegner, vor denen dann die jüdische Bevölkerung geschützt werden muss. Dieser Logik schließen wir uns als Linke nicht an.

6. Die gegenwärtige Auseinandersetzung innerhalb der Partei DIE LINKE wird von den Teilen der Partei geführt als Parteinahme pro oder contra Israel bzw. Palästina. Nicht von ungefähr spitzt sich dieses Auseinandersetzung in einer Zeit zu, da der Nahe Osten bzw. der arabischen Raum von gewaltigen Umwälzungen verändert wird, in der die jahrzehntelangen Gewissheiten brüchig werden und da die Ausrufung einer palästinensischen Staates unmittelbar bevorsteht. Dies verführt auch innerhalb der Linke viele dazu, jetzt die Fronten noch einmal zu verhärten und in der Konfrontation und nicht im Kompromiss die Lösung zu suchen.

7. Das fds sieht seine Aufgabe darin, innerhalb der LINKEN dafür zu werben, dass nur eine Einigung zwischen dem Staat Israel und einem zukünftigen Staat Palästina eine friedliche Entwicklung im Nahen Osten einleiten kann und dass jede Form einer einseitigen Auflösung dieses Konflikts keinem der beiden Kontrahenten Frieden brin-

gen wird. In diesem Konflikt darf die Linke entgegen ihrem Naturell nicht einseitig agieren, sondern als Kraft eines fairen und damit lebensfähigen Kompromisses. Diese Haltung, nicht auf Sieg bzw. Niederlage zu setzen, gilt es in der LINKEN zu erarbeiten, um sie zu befähigen, konstruktiv zur Lösung dieses und ähnlicher Konflikte beizutragen.

8. In der Auseinandersetzung zwischen Israel und Palästina stellen sich nachweislich die offen antisemitisch agierenden Kräfte auf die Seite Palästinas. Dieses verpflichtet die Linke in besonderer Weise, auf Bündnispartner in der Kritik am staatlichen Handeln in Israel zu achten. Hierzu stellen wir fest: Man ist kein Antisemit, wenn man an einer Aktion gegen die Blockade des Gazastreifens teilnimmt, aber die gemeinsame Aktion mit Rechtsextremen und Antisemiten untergräbt die politisch-moralische Integrität der LINKEN. Man ist auch nicht zwangsläufig ein Antisemit, wenn man dazu aufruft, den Verkauf von israelischen Waren, die in den unrechtmäßig besetzten Gebieten produziert wurden, zu boykottieren. Man macht sich damit aber in Deutschland gemein mit den Kräften, die den vorhandenen Antisemitismus anfachen und aufleben lassen, weshalb wir diese Aktionsform für nicht nur ungeeignet halten, sondern es für gerechtfertigt halten, sie in unseren Reihen zu tabuisieren.

9. Die Unterstützung des Israel-Boykotts verbietet sich nicht nur aus speziell deutscher Sicht. Die Boykottkampagne „Boycott, Desinvestition und Sanktionen für Palästina (BDS)“ möchte sich gern und völlig zu Unrecht in die Tradition der internationalen Kampagne gegen die Apartheid in Südafrika stellen. Sie ist in ihrem Wesen aber kollektiv gegen jüdische Israelis gerichtet und das ist ihr antisemitischer Inhalt. Es geht dabei um viel mehr, als um Waren unter israelischem Label aus den besetzten Gebieten. Die BDS-Kampagne zielt auf alle Lebensbereiche und bedrängt internationale Künstler, keine Konzerte in Israel zu geben, oder beispielsweise europäische Veranstalter, keine israelischen Wissenschaftler und Künstler zu Veranstaltungen, Kongresse und Festivals einzuladen. Eine solche kollektive Bestrafung jüdischer Israelis kann kein Beitrag für die Lösung des Nahostkonflikts sein.

10. Gleichzeitig gebietet uns jedoch die Achtung vor der universellen Geltung der Menschenrechte, die staatliche Politik Israels gegen die palästinensische Bevölkerung zu kritisieren und nach Mitteln und Wegen zu suchen, den Menschen palästinensischer und arabischer Herkunft zu ihren Rechten zu verhelfen.

<http://www.forum-ds.de>

## Inhalt

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Aktuelle Meldungen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | <b>2</b>  |
| Libyen-Krieg erfasst Wirtschafts- und Rechtssystem der Nato-Staaten • Griechenland: Alternativen von DGB und Warburg-Bank • Neue Verbraucherrechte auf EU-Ebene                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |           |
| <b>AKP-Regierung gegen politische Lösungen:</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |           |
| <b>Sechs Abgeordneten soll Mandat entzogen werden</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | <b>4</b>  |
| Ergebnis der Wahlen in der Türkei 2011 und 2007 • Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit: „Wir boykottieren das Parlament“ • Wahlbeobachtungen 2011 • Nürnberger Delegation entgeht knapp einem Handgranatenangriff                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |           |
| <b>Stuttgart 21: Bewegung in der Krise</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <b>7</b>  |
| Der Grüne Minister im Stresstest                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |           |
| <b>Auslandsnachrichten</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <b>8</b>  |
| Gewerkschaftsrechte in Textilfabriken errungen • Mansour Osanloo ist frei • Internationaler Gewerkschaftsbund ruft zur Solidarität mit türkischen Kollegen auf • Proteste in Wisconsin (USA) • 70 000 Lehrer in Mexiko im Streik • Lange Streiks in Botsuana • Tschechiens Räder stehen still •                                                                                                                                                                                                                         |           |
| <b>Aktionen ... Initiativen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <b>10</b> |
| Demonstration für eine bessere Schule in Berlin • Aktionstage der Abolish!-Kampagne • 2. Aktionstag der Kampagne TATORT Kurdistan am 1. September • Bundesweite Kampagne „Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder!“ • Netzwerk gegen Rüstungsforschung gegründet • Räte der Religionen: „Sie schaffen Frieden in der Stadt“ • 1,3 Millionen brauchen die Tafeln • 14. Volksbegehren in Hamburg zustande gekommen                                                                                                      |           |
| <b>Viel Konsens aber keine Einigung – Der Streit um die Schulreform in NRW</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | <b>12</b> |
| <b>Verfolgung und Vernichtung in St. Pauli</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | <b>13</b> |
| <b>Kommunale Politik</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | <b>15</b> |
| Errichtung weiterer IGSn in Oldenburg! • Rote schreiben schwarze Zahlen: Bonn. • Schlossbau Herrenhausen ist Fass ohne Boden: Hannover. • Wie gefährlich ist das Bildungspaket? München. • Kritik an hoher Grundsteuer-Erhöhung: Norderstedt. • Kritik an Sonntagsöffnungen berechtigt: Essen. • Rheinenergiestadion nicht zum Schleuderpreis verkaufen! Köln. • Skandal: Mobilitätssticket kommt nicht! Kiel. • „Entlastung der Kommunen durch Grundsicherung ist ein Meilenstein – Gewerbesteuer bleibt unangetastet“ |           |
| <b>Spartengewerkschaften: „Rette sich wer kann“</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | <b>17</b> |
| <b>Charta Junge Generation – Arbeit – sicher und fair!</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <b>17</b> |
| <b>Die falsche Freiheit</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | <b>19</b> |
| <b>Die Linke und DIE LINKE</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | <b>22</b> |
| <b>Erklärung des forum demokratischer sozialismus zur Antisemitismus-Debatte innerhalb der LINKEN</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | <b>23</b> |

## Sommerschule der Linke ArGe „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung von Donnerstag, 18. bis Sonntag, 21. August in Erfurt

### Kurs Philosophie

Der Arbeitstitel lautet: „Aspekte sozialer und gesellschaftlicher Umbrüche aufgrund computervermittelter Netzwerke und Kommunikationsprozesse“.

### AG Internationale Politik:

Im Rundschreiben der ArGe vom November 2010 hatte die AG Internationale Politik „Themenschwerpunkte der Diskussion und für die weitere Arbeit am Thema EU“ veröffentlicht. Zwei Hauptschwerpunkte darunter waren: Analyse der Entwicklung und der aktuellen deutschen Politik zu den „drei Säulen“ der EU (Europäische Gemeinschaft, „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, „Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit“). EU, Strategiediskussion nach dem Verfassungsgerichtsurteil – wie positioniert sich die Linke? Beide Themen wird die AG in der Sommerschule weiter bearbeiten.

### Kurs Wirtschaft

Allmendegüter: Die Nutzung öffentlicher Güter im Widerstreit von Gruppeninteressen. Öffentliche Güter werden öffentlich bereitgestellt, die Nutzung erfolgt durch letztlich durch einzelne Personen oder durch zusammenhängende Personengruppen. Einander ausschließende Nutzungen und – namentlich bei Naturgütern – zerstörende Nutzung schaffen im gesellschaftlichen Raum verfahrenere Situationen, die autoritäre Staatseingriffe legitimieren. Wir wollen uns im Sommer mit Fragen der gemeinschaftlichen Nutzung von öffentlichem Güter bzw. des gemeinsamen Eigentum von Nutzergruppen beschäftigen. Wir werden dabei Texte zu Rate ziehen, die in unserer Diskussion bereits eine Rolle gespielt haben, so Charles B. Blankart, (Finanzwissenschaft, Vahlen, München 2008) und „Handbuch Sozialraum.“ (VS-Verlag, Wiesbaden 2005). Zudem möchten wir uns auch auf Arbeiten von Elinor Ostrom stützen, die in deutscher Übersetzung vorliegen. Elinor Ostrom wurde 2009 als erste Frau der Wirtschaftsnobelpreis zuerkannt, gemeinsam mit Oliver E. Williamson. Ostrom habe gezeigt, „wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzerorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann“, so heißt es in der Würdigung der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften. Elinor Ostrom (\* 7. August 1933 in Los Angeles, Kalifornien, USA) ist Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. Sie zählt mit ihrem Mann Vincent Ostrom zu den Begründern der Bloomington School.

**Anmeldung / Informationen:** Die Sommerschule findet von Donnerstag bis Sonntag, 18. bis 21. August 2011, in Erfurt statt. Beginn ist am Donnerstag um 14 Uhr, Ende am Sonntag ca. 12 Uhr. Die ArGe-Mitgliederversammlung findet voraussichtlich am Freitagabend, 19. August, 19 Uhr, statt.

Wir tagen wieder in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingengstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingengstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Bahn: Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-Zentrum, -Waltersleben, dann in Richtung Erfurt, in Erfurt Richtung Innenstadt fahren (bis Kreuzung Kaffeetrichter), dort links abbiegen, über die Schillerstraße (B 4 und B 7), in der Pförtchenstraße links abbiegen, nach ca. 400 m befindet sich die JH auf der linken Straßenseite auf Ausschilderung JH achten).

Die Kosten für Ü/F betragen 26,00 Euro + 1 Euro Kurtaxe pro Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.

Wir sind als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Anmeldungen sind deshalb nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805 möglich.

Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 28. Juli 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 22. Juli.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 8. September, 6. Oktober, 3. November, 1. Dezember.